



Ich wünsche Ihnen  
frohe Weihnachten und  
ein gutes Neues Jahr!

*Herzlichst  
R.K.*  
*R. Koch*

Ministerpräsident Roland Koch,  
Landesvorsitzender der CDU Hessen



**Impressum:**

Herausgeber:  
CDU Frankfurt  
Kreisverband und  
Stadtverordnetenfraktion.  
Kreisverband:  
Eschenheimer Anlage 19  
60318 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 153099-0  
Fax (069) 153099-20  
Fraktion:  
Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 1387280  
Fax (069) 291355  
Text und Redaktion:  
Thomas Feda und  
Alexander Zell  
Fotos: Helmut Möller u.a.  
Druck: Kristandt KG Frankfurt  
Auflage: 5.000  
Redaktionsschluß: 16.12.2002  
Redaktionsschluß für die nächste  
Ausgabe: 16.02.2003  
Namentlich gezeichnete Artikel ge-  
ben nicht unbedingt die Meinung der  
Herausgeber und der Redaktion wie-  
der. Die Redaktion behält es sich vor,  
Leserbriefe sinnwährend zu kürzen.



## Unser Team für den Hessischen Landtag

**In dieser Ausgabe:**

- Aus der Frankfurter CDU:**
- Landesparteitag in Fulda
  - Kreisparteitag in Frankfurt
  - Kandidatenvorstellung
  - Wahlkampftermine
  - Roland Koch auf dem Weihnachtsmarkt
  - Zaubhaftes und Schmackhaftes
  - Presse
  - Buchempfehlung
- Aus der Fraktion:**
- Umwelt
  - Neue Software
  - Umfrage-Ergebnis
  - Pressearbeit
  - Anträge und Anfragen

CDU Frankfurt, Eschenheimer Anlage 19, 60318 Frankfurt am Main  
PVSt, Dt. Post AG, "Entgelt bezahlt", D 45614



Ich danke an dieser Stelle allen Freunden, die sich im Bundestagswahlkampf unermüdlich für unsere Partei eingesetzt haben und sich im Landtagswahlkampf erneut einsetzen werden.

Ich bedanke mich an dieser Stelle auch bei unseren Mitgliedern und Spendern; ohne deren - nicht unbedingt selbstverständliche - finanzielle Unterstützung die Partei nicht in der Lage gewesen wäre, einen kostenintensiven Bundestagswahlkampf zu führen und sich gleichzeitig auf den Landtagswahlkampf vorzubereiten.

Ich bin sicher, dass wir auch künftig auf Sie zählen können!

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes, friedvolles Jahr 2003. In diesem Sinne grüße ich Sie herzlich.

Ihr

Udo Corts  
Kreisvorsitzender

## Ich grüße alle Mitglieder, Freunde und Gönner der CDU Frankfurt.

Wieder liegt ein ereignisreiches Jahr hinter uns und der Landtagswahlkampf kommt mit riesigen Schritten auf uns zu. Schon in den ersten drei Monaten nach der Bundestags-Wahl wird eines ganz klar: Rot - Grün braucht Kontrolle! Im Gegensatz zur Bundesregierung, die nur für gebrochene Wahlversprechen steht, können wir in Hessen mit einer stolzen Bilanz aufwarten. Die Landesregierung hat - im Gegensatz zu Rot-Grün im Bund - genau das erfüllt, was wir den Bürgerinnen und Bürgern 1999 versprochen haben: Wir haben 90 Prozent der in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Punkte bereits jetzt erledigt, 8 Prozent werden wir noch abarbeiten. Das ist ein Ergebnis, von dem Rot-Grün im Bund nicht einmal zu träumen gewagt hätte. Hessen ist vor allem in der Bildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie im Bereich der Inneren Sicherheit zum Zugpferd in Deutschland geworden. Wir haben mit unserer Politik - lange vor der PISA-Studie - dafür gesorgt, dass der Bildung höchste Priorität eingeräumt wird. Mit 2.900 zusätzlichen Lehrerstellen kommt nicht nur frischer Wind an die Schulen, sondern die Schülerinnen und Schüler erhalten endlich den Unterricht, der ihnen nach der Stundentafel auch



zusteht. 100.000 ausgefallene Wochenstunden der Vorgängerregierung gehören endlich der Vergangenheit an. Zurzeit ist Kultusministerin Karin Wolff dabei, neue bedarfsgerechte Ganztagsangebote zu schaffen. Zu Beginn des neuen Schuljahres wurden 40 Angebote geschaffen; 40 weitere sollen im kommenden Schuljahr folgen. Auch ist es uns gelungen die Sicherheit in Hessen maßgeblich zu verbessern. Solch effektive Maßnahmen wie der Freiwillige Polizeidienst, die Schleierfahndung, die Videoüberwachung oder auch die Wachpolizei sind von Innenminister Volker Bouffier mit großem Erfolg eingeführt worden. Mit der größten Modernisierungsoffensive in der Geschichte der Hessischen Polizei wurden 10.200 neue Computer und 1.300 neue Streifenwagen an die Beamten ausgeliefert. Das Ergebnis spricht für sich: Während bundesweit die Kriminalität zunimmt, geht sie in Hessen zurück. Die Zahl der Hafturlaube ist von 1998 bis 2001 um fast 66 Prozent gesenkt worden, die Zahl der Missbräuche ist drastisch um 91 Prozent gesunken - das alles heißt im Klartext: mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger! Unsere Erfolge in der Wirtschaftspolitik können sich ebenfalls sehen lassen: Wir konnten in 2001 in Hessen mit 1,5 Prozent ein Wirtschaftswachstum vorweisen, dass mehr als doppelt so hoch war als im gesamten Bundesgebiet mit nur 0,6 Prozent. Auch im Landesstraßenbau haben wir die Mittel von 20 Mio. € im Jahre 1998 auf heute 46. Mio. € mehr als verdoppelt.

Dies zeigt: Für die Landesregierung gilt im Gegensatz zu Rot-Grün: Wir halten, was wir versprechen! Es wurde viel getan, aber es gibt auch noch viel zu tun. Ich bitte Sie schon heute um Ihre Unterstützung im kurzen, aber heftigen Landtagswahlkampf! Lassen wir uns von erfreulichen demoskopischen Daten nicht in Sicherheit wiegen: Hessen ist ein knappes Land - und deshalb werden wir bis zum 2. Februar, 18 Uhr, um jede Stimme kämpfen müssen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien jedoch zuvor ein gesegnetes, friedvolles und besinnliches Weihnachtsfest 2002, uns allen ein gutes Jahr 2003!

Ministerpräsident  
Roland Koch  
Landesvorsitzender der CDU Hessen

## Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

wir befinden uns in der Adventszeit. Es ist die Zeit der Frohen Botschaft und der Besinnlichkeit. Das Weihnachtsfest naht, das Fest der Familie, der Freunde und des Friedens. Die Kinder, aber auch die Erwachsenen, äußern ihre Wünsche und hoffen, dass sie am Weihnachtsfest in Erfüllung gehen.

Erwartung und Hoffnung - das ist die Stimmung der Menschen zum Jahreswechsel.

Unsere Erwartungen gingen bei der Bundestagswahl leider nicht in Erfüllung. Der Wahlausgang ist ernüchternd für die CDU gewesen. Wir konnten uns in beiden Wahlkreisen mit unseren Direktkandidaten bedauerlicherweise nicht durchsetzen. Trotz eines Verlustes ist es der SPD gelungen, sich auch bei den Zweitstimmen knapp durchzusetzen.

Hoffnungsvoll treten wir deshalb zur Landtagswahl mit unseren sechs Frankfurter Landtagskandidaten an. In unserem Hessenland geht es seit der Regierungsübernahme von CDU und FDP unter Ministerpräsident Roland Koch im Jahre 1999 aufwärts. Hier hat sich gezeigt, dass Politik, von allen anderen Faktoren abgesehen, in erster Linie eine Frage des Vertrauens ist. Nicht nur die hessische Wirtschaft, auch die Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes vertrauen Roland Koch. Hessen ist Erfolgsland geworden.

Wir sollten gemeinsam alle Anstrengungen aufbringen, alle sechs Wahlkreise in Frankfurt direkt zu gewinnen, um damit unseren Beitrag für die Bestätigung der jetzigen Landesregierung zu leisten. Dabei gilt: Unser Erfolg ist Hessens Erfolg.



# Landesparteitag am 23. November in Fulda

## CDU Hessen kürt Roland Koch mit 100 Prozent zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl

Mit 341 von 341 Stimmen wählte die hessische CDU in geheimer Wahl ihren Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Roland Koch zum Spitzenkandidaten. Zuvor griff Koch in seiner Rede die Bundesregierung scharf an und stimmte dem Parteitag auf den Landtagswahlkampf ein: Deutschland solle innenpolitisch auf eine Welle der Desaster zu. Die Arbeitslosigkeit werde im Winter dramatisch ansteigen und die Rot-Grüne Regierung biete nichts als dilettantische Notlösungen an. Der Berechenbarkeit in Hessen stünden die falschen Versprechungen und Lügen der Berliner Koalition gegenüber.

Kultusministerin Karin Wolff bekam als Nummer zwei auf der Landesliste dieselbe Traumnote wie Koch. Auf die stellvertretenden Parteivorsitzenden Innenminister Volker Bouffier und Franz Josef Jung entfielen 340 beziehungsweise 338 Stimmen. Mit genauso beeindruckenden Voten folgten die anderen Mitglieder des Regierungsteams sowie die sechs Frankfurter Landtagskandidaten.

Das Landtagswahlprogramm, das die Themen Bildung, Sicherheit, Wirtschaft und Familie in den Mittelpunkt stellt, wurde einstimmig beschlossen - kaum überbietbare Signale des Vertrauens und der Geschlossenheit für die Wahl am 2. Februar 2003.



▲ Hier kocht der Chef persönlich! Dem leidenschaftlichen Koch, Roland Koch wurde eine Koch-Schürze überreicht.



▲ Ein zufriedener Generalsekretär: MdL Michael Boddenberg immer an der Seite des Landesvorsitzenden Roland Koch.



▲ Der Kreisvorsitzende Udo Corts und der Bezirksvorsitzende MdB Prof. Dr. Heinz Riesenhuber sind sich einig: Die CDU-geführte Landesregierung hat in Hessen Punkt für Punkt das umgesetzt, was sie den Menschen vor der letzten Landtagswahl versprochen hat. Im Hintergrund die Frankfurter CDU-Delegierten, Fraktionsvorsitzender Uwe Becker und Stadtkämmerer a.D. Albrecht Glaser.



▲ Oberbürgermeisterin Petra Roth und der Frankfurter Kreisvorsitzende Udo Corts freuen sich über die hervorragenden Wahlergebnisse der Frankfurter CDU-Landtagskandidaten auf der Landesliste.



▶ Der gelungene Parteitag war wie ein „Vitaminstoß“ für den bevorstehenden harten Landtagswahlkampf: MdL Gudrun Osterburg ergänzt ihre „Vitaminzufuhr“ zusätzlich...

# Kreisparteitag am 29. November in Griesheim: Geschlossen und entschlossen!



In demonstrativer Geschlossenheit hat sich die Frankfurter CDU beim Kreisparteitag am 29. November 2002 im Bürgerhaus Griesheim für die Landtagswahl am 2. Februar 2003 aufgestellt.

In ihrem Grußwort warf die Oberbürgermeisterin Petra Roth der Frankfurter SPD vor, der Olympia-Bewerbung Frankfurts mit ihrem Zick-Zack-Kurs und kleinkarierten Verhalten geschadet zu haben. Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Römer, Uwe Becker, kritisierte ebenfalls das wechselhafte Verhalten der Frankfurter SPD vor allem beim Thema Flughafenusbau. "Wenn es um die Zukunft Frankfurts geht, stiehlt die SPD sich aus der Verantwortung", stellte Becker fest. Mit einem rot-grünen Wahlsieg in Hessen werde der Flughafenusbau in Frage gestellt.



Der Kreisvorsitzende Udo Corts warf bei seiner Rede vor rund 300 Delegierten und 50 Gästen der rot-grünen Bundesregierung vor, Deutschland mit ihrem Antiamerikanismus in die internationale Isolation getrieben zu haben. Corts hob weiterhin hervor, dass es in Hessen keine Alternative zur jetzigen Landesregierung gebe. Corts kündigte einen harten Wahlkampf für Januar an. Im Bild alle sechs Landtagskandidaten.



Der Innenminister und sein Staatssekretär: Volker Bouffier und Udo Corts - zwei, die viel getan haben und noch viel tun wollen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Hessen.



Der jüngste im Team der Frankfurter Landtagskandidaten, MdL Boris Rhein, notiert pflichtbewusst die Aussagen des Innenministers Volker Bouffier mit: "Im Wahlkampf kann man gute Argumente immer gebrauchen". Mit im Bild: Ulrich Caspar

In einer eineinhalbstündigen, kämpferisch vorgetragenen Rede appellierte der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Hessen, Innenminister Volker Bouffier, an den Einsatzwillen seiner Parteifreunde. Bouffier stellte die Erfolgsbilanz der CDU-geführten Landesregierung in Wiesbaden dem "rot-grünen Desaster" in Berlin gegenüber: "Wir haben gehalten, was wir vor vier Jahren versprochen haben". Der Berechenbarkeit in Hessen stehen die falschen Versprechungen und Lügen der Bundesregierung gegenüber. Bouffier hob die bundespolitische Bedeutung der Landtagswahlen am 2. Februar besonders hervor. Die Hessen und Niedersachsen könnten die Bundesregierung zwar nicht abwählen, aber sie könnten die Bundesregierung zwingen, einen Politikwechsel durchzuführen.



Bis auf diese kleine Ausnahme wurden die Themen des Landtagswahlprogramms "offen" angesprochen. Die Frankfurter Landtagskandidaten (v.l.n.r. Michael Boddenberg hinter vorgehaltener Hand, Ulrich Caspar und Alfons Gerling) stellten sich den Fragen der Delegierten.

# Die Landtagskandidaten der Frankfurter CDU



MdL Michael Boddenberg Wahlkreis 37  
Goldstein, Niederrad, Oberrad, Sachsenhausen, Schwanheim



Stadtrat Ulrich Caspar Wahlkreis 35  
Bockenheim, Hausen, Heddernheim, Kuhwald, Nordweststadt, Niederursel, Praunheim, Rödelheim



Staatssekretär Udo Courts Wahlkreis 38  
Bornheim, Nordend, Ostend



MdL Alfons Gerling Wahlkreis 34  
Höchst, Griesheim, Nied, Sindlingen, Sossenheim, Unterliederbach, Zeilsheim



MdL Gudrun Osterburg Wahlkreis 39  
Bergen-Enkheim, Bonames, Eckenheim, Fechenheim, Frankfurter Berg / Berkersheim, Harheim, Kalbach, Niedererlenbach, Niedereschbach, Breungesheim, Riederwald, Seckbach



MdL Boris Rhein Wahlkreis 36  
Dornbusch, Eschersheim, Ginnheim, Westend, Gallus, Gutleut, Innenstadt

# Termine: Landtagswahlkampf 2003

## 7. Januar

15.00 - 17.00 Uhr  
Wahlkampfveranstaltung  
Senioren-Union Frankfurt  
mit der Hessischen Sozialministerin Silke Lautenschläger und den Frankfurter CDU-Landtagskandidaten, „In Hessen geht es sozial und gerecht zu“, Haus Ronneburg, Gelnhäuser Straße 2, 60435 Frankfurt am Main

## 8. Januar

19.00 Uhr  
CDU-Hessen Auftaktveranstaltung in Kassel  
mit Ministerpräsident Roland Koch, Bundesvorsitzende Dr. Angela Merkel, Messe Kassel

## 10. Januar

18.30 Uhr  
Neujahrsempfang der CDU-Fraktion im Ortsbeirat 8  
(Heddernheim, Nordweststadt), Festsaal der Pfarrei St. Peter und Paul, Heddernheimer Landstraße 47, Frankfurt am Main

## 10. Januar

19.00 Uhr  
Neujahrsempfang der CDU Seckbach  
Ehrgast: MdL Gudrun Osterburg, Seckbacher Rathaus, Hofhausstraße 2, Frankfurt am Main

## 13. Januar

18.00-19.30 Uhr  
Wahlkampfveranstaltung  
mit dem Hessischen Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei, Jochen Riebel, und dem CDU-Landtagskandidaten im Wahlkreis 35, Stadtrat Ulrich Caspar. „Die Position Hessens im Bundesrat zu den Rot-Grünen Bundesregierungsvorhaben“, Gaststätte „Zum Goldenen Löwen“, Alt Rödelheim 10, 60489 Frankfurt am Main

## 21. Januar

18.00 Uhr  
Feuerzangenbowleparty der Jungen Union Frankfurt  
Cafe KOZ „Universität“, Bockenheimer, Frankfurt am Main

## 21. Januar

19.30 Uhr  
Neujahrsempfang der ArGe West  
mit MdL Alfons Gerling (westliche CDU-Stadtbezirksverbände), Ehrgast: MdL Dr. Thomas Goppel, Generalsekretär der CSU, Stadthalle Zeilsheim, Bechtenswaldstraße 17, Frankfurt am Main

## 23. Januar

15.00 Uhr  
Traditionelles Treffen der CDU-Frauen  
im „Schwarzen Stern“, Römerberg, Frankfurt am Main

## 23. Januar

18.00 Uhr  
Wahlkampfveranstaltung der Frauen Union  
mit MdB Katherina Reiche, „Frauen, Familie und Beruf!“, Turnhalle Schwanheim, Kolleg der Gaststätte, Saarbrücker Straße 4, Frankfurt am Main

## 24. Januar

18.00 Uhr  
Neujahrsempfang der MIT Hessen mit Ministerpräsident Roland Koch  
„Hessen: Erfolgsland für den Mittelstand“, Römer, „Römerhallen“, Römerberg 1, Frankfurt am Main

## 26. Januar

11.00 Uhr  
Wahlkampfveranstaltung  
mit Kultusministerin Karin Wolff und MdL Michael Boddenberg, „Erfolg in Hessen - Schule in Hessen!“, Museum für angewandte Kunst, Schaumainkai 17, Frankfurt am Main

## 26. Januar

17.00 Uhr  
Neujahrsempfang der CDU-Fraktion im Ortsbeirat 10  
Ehrgast: MdL Gudrun Osterburg, Gaststätte „Zum Lemp“, Berkersheimer Ober-gasse 12, Frankfurt am Main

## 27. Januar

20.00 Uhr  
Jungwählerfeier der Jungen Union Frankfurt  
STUDIO-BAR, Katharinenpforte 6, Frankfurt am Main

## 27. Januar

20.00 Uhr  
Wahlkampfveranstaltung des EAK  
mit der Thüringischen Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Prof. Dr. Dagmar Schipanski, Frankfurter Diakonissenhaus, Eschersheimer Landstraße 122, Frankfurt am Main

## 30. Januar

16.00 Uhr  
„Wer regiert Frankfurt am Main?“  
Zu einem Besuch der Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung im Römer lädt die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung ein. Anmeldung erbeten unter: 069 - 9720190, Andreas Rust

## 30. Januar

17.00 Uhr  
CDU-Hessen Abschlussveranstaltung in Frankfurt  
Platz vor der Alten Oper mit Ministerpräsident Roland Koch, Dr. Angela Merkel, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber u.a. Ministerpräsidenten

## 4. Februar

20.00 Uhr  
Zum Stammtisch „nach der Wahl“  
lädt der CDU-Stadtbezirksverband Nordweststadt/Niederursel ein, Gast-

stätte „Zum Lahmen Esel“, Krautgartenweg 1, Frankfurt am Main



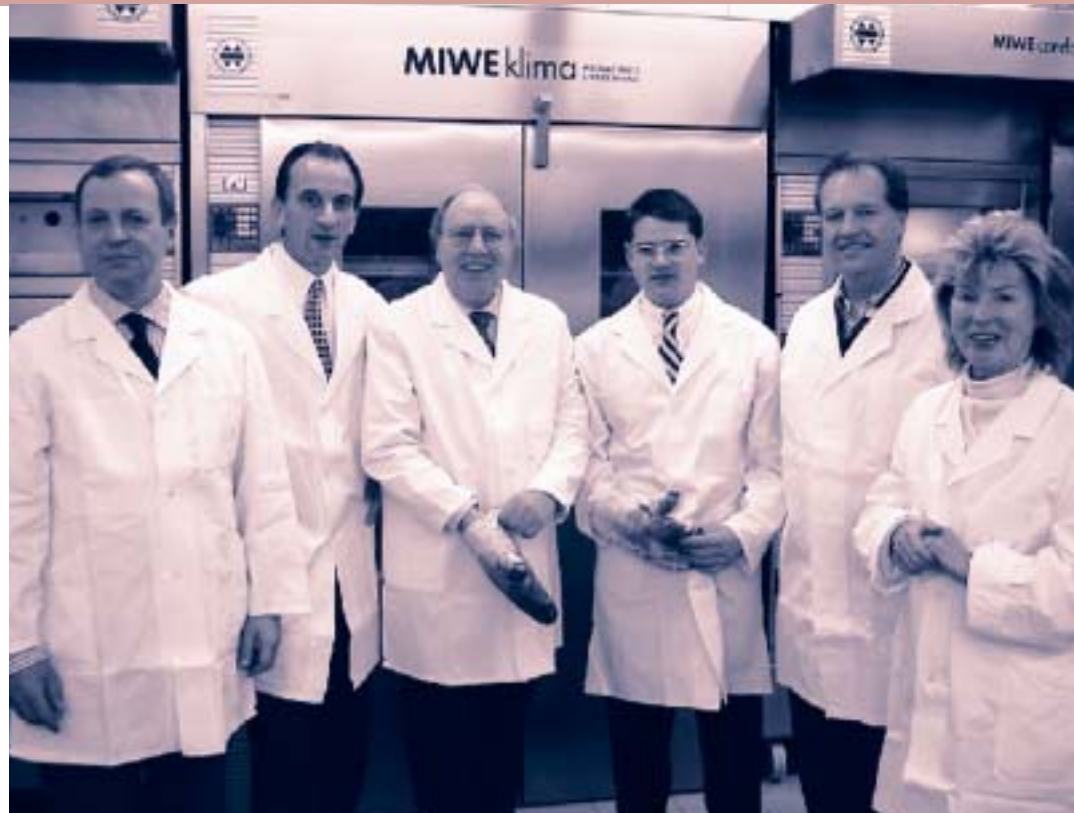
Unterstützung für den Wahlkampf: Argumentationshilfe finden Sie in der Heftmitte zum Herausnehmen

## Zentrale Infostände

der Frankfurter CDU in der Freßgass (am Brunnen) oder auf der Zeil (vor Brockhausbrunnen)

- 10. Januar 14.00 - 19.00 Uhr
- 11. Januar 11.00 - 15.30 Uhr
- 17. Januar 14.00 - 19.00 Uhr
- 18. Januar 11.00 - 15.30 Uhr
- 24. Januar 14.00 - 19.00 Uhr
- 25. Januar 11.00 - 15.30 Uhr
- 27. Januar bis 31. Januar 13.00 - 19.00 Uhr
- 1. Februar 11.00 - 15.30 Uhr

# Schmackhaftes von den Frankfurter CDU-Landtagskandidaten: Weihnachtsbäckerei



übernimmt den Rührteig und die Mischung für die Kokosmakronen wartet auch schon. Alles alkoholfrei, versteht sich, ist doch der drogenpolitische Sprecher Alfons Gerling mit von der Partie. Stadtrat Ulrich Caspar, im Zivilberuf Unternehmensberater, muß feststellen, daß man auch mit großem Latinum nicht alles ausstechen kann. Der Benjamin der Runde, Boris Rhein, bedient sich beherzt der Förmchen und gelegentlich auch der Finger, wenn der Teig sich als zu anhänglich erweist. Der allgemeine Naschfaktor ist hoch an diesem Morgen.

*Noch frohen Mutes: Udo Corts, Michael Boddenberg, Alfons Gerling, Boris Rhein, Ulrich Caspar und Gudrun Osterburg*

## Bodybuilding mit Spritztüte

Quelle: Dr. Ulrich Adolphs, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.12.2002

Man nehme sechs Landtagskandidaten, stecke sie in blütenweiße Kittel und stelle sie frühmorgens in eine Backstube. Das sieht dann zwar aus wie eine Forschungsgruppe von Aventis, ist aber ein

Akt der Sympathiewerbung. Die Dame und die fünf Herren, die die Frankfurter CDU im Februar nach Wiesbaden schicken will, machen einen Ausflug auf den graumelierten Fliesenboden des Handwerks in der Lehrbäckerei der Frankfurter Fachschule Heyne. „Weihnachtsbäckerei“ hat Parteichef Udo Corts als Parole ausgegeben und die Kollegen sind gehorsam



um sieben Uhr morgens angetreten. Corts kommt etwas später, was sonst eigentlich nur die Oberbürgermeisterin tut, dafür trägt er aber die Verantwortung.

Bäckermeister Christoph Dielmann muß geahnt haben, was da auf ihn zukommt. Jedenfalls hat er längst Teig für die Zimtsterne vorbereitet und das Schaum schlagen nimmt er den Politikern auch ab. Eine Maschine

*Erfolgserlebnisse: Die ersten Zimtsterne, die ganz geblieben sind.*



*Dann ging es los: mit aller Sorgfalt werden die Vorbereitungen getroffen – unter fachmännischer Aufsicht.*



*Das Ausstechen der Zimtsterne erfolgte auf Anweisung des Kreisvorsitzenden in „Millimeterarbeit“. Kein einziges Gramm des guten Teigs wurde vergeudet oder gar vorher genascht.*

Hausherr Michael Boddenberg, gelernter Fleischermeister und heute Generalsekretär der hessischen CDU, müht sich mit dem Rührteig in der Spritztüte. Es bleibt offen, ob es ihm schwerer fällt, den Teig aufs Blech zu bringen oder dort eine gerade Reihe Plätzchen zu produzieren. Auch Corts steigt beim Druck auf die Tüte eine zarte Röte in Gesicht. Daß Regieren leichter sei, stimme aber auch nicht, baut der Innenstaatssekretär vor. Derweil verteilt Gudrun Osterburg still und beharrlich Kokosmakronen auf ihrem Blech. Über Geschlechterrollen reden die Vertreter der modernen Großstadtspartei jetzt aber nicht.

*Ofenfrische Osterburg-Brötchen gab es zum anschließenden Presse-Frühstück.*

Kreisgeschäftsführer Thomas Feda dokumentiert das Ereignis fürs Parteealbum mit der Digitalkamera. Ganz locker nimmt das Sextett Aufstellung zum Gruppenbild mit Keksblech fast unter dem Kinn. Das Selbstgebackene und das in der Nacht von guten Geistern Vorproduzierte, immerhin gut 1000 Tüten, wird am Nachmittag auf der Freßgass' verteilt. Obendrein gibt's für die Passanten, soviel Wahlkampf muß sein, ein Billett mit einem eingeklebten Tütchen Kaffee oder Tee und dem Konterfei von Ministerpräsident Roland Koch. Das Original kommt am Samstagmittag, um auf der Zeil noch mehr Plätzchen unters Wahlvolk zu bringen. Bäckermeister Dielmann sei Dank.



# Haben Sie Roland Koch auch in der Frankfurter City getroffen?



*Erfreute Einkaufsbummler auf der Frankfurter Zeil und dem Weihnachtsmarkt*

Im dicksten Innenstadttubel überraschte der CDU-Landeschef Roland Koch gemeinsam mit den sechs Frankfurter CDU-Landtagskandidaten – Michael Boddenberg, Udo Corts, Boris Rhein, Gudrun Osterburg, Alfons Gerling, Ulrich Caspar – am 7. November 2002 die Frankfurter Einkaufsbummler mit kleinen Überraschungen zum Weihnachtsfest: Je nach Geschmack Bildkarten mit schwarzen Tee- und Cappuccino-Beuteln. Von dem Treffpunkt "Hauptwache" waren die CDU-Politiker zwei Stunden lang über die Freßgass hin zur „Zeil“ unterwegs. Auf dem Weihnachtsmarkt erfolgte ein kleiner Zwischenstopp, als eifrige "Einkaufsbummler" Roland Koch um unzählige Autogramme baten.

*Ministerpräsident Roland Koch, MdL Gudrun Osterburg und MdL Boris Rhein verteilten ausschließlich „schwarze“ Teebeutel.*



*Der Frankfurter Kreisvorsitzende und Landtagskandidat Udo Corts verteilte lieber „schwarze“ Cappuccino-Beutel.*

*Bei Wind, Wetter und Kälte: engagierte Helfer des „Frankfurter CDU-Team“.*



## Zauberhaftes von den Frankfurter CDU-Landtagskandidaten



Der Frankfurter Kreisvorsitzende, Udo Corts, freute sich mit den Frankfurter Landtagskandidaten über die große Begeisterung der Familien, die sich mit ihren Kindern für die restlos ausgebuchte Kino-Aktion am 30. November im Cinestar Metropolis am Eschenheimer Turm angemeldet hatten. Leider konnten nicht alle Familien, die sich gemeldet hatten, berücksichtigt werden. Die Nachfrage überstieg das vorhandene Kartenkontingent um ein Vielfaches. „Wir wissen, wie schwer es für Eltern ist, im vorweihnachtlichen Trubel für Kinder Geschenke ungestört einzukaufen. Die Kinder sollen doch zu Weihnachten auch überrascht werden“, stellte

*Die Frankfurter Landtagskandidaten v.l.n.r. Ulrich Caspar, Udo Corts und Gudrun Osterburg bei der Begrüßung der Familien am CDU-Ticketschalter.*

der Familienvater Udo Corts fest. Diese Aktion war deshalb ein kleiner familienfreundlicher Beitrag zu Weihnachten. „Wir haben den Eltern wertvolle Zeit für einen weihnachtlichen Einkaufsbummel geschenkt. Die Kinder konnten mit dem Kino-Film „Harry Potter II. Teil“ zauberhafte Stunden genießen“, sagte Corts.

*Die Frankfurter Frauen Union bei der Aufnahme und Betreuung der über hundert Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren im Kino.*

Mit diesem Flugblatt wurde für die Aktion geworben

*„Leider haben wir keine Karten mehr. Die Nachfrage war zu groß“, so versuchten Gudrun Osterburg und Udo Corts die „auf gut Glück“ gekommenen Kinder einigermaßen zu besänftigen.*



## “OlympJA 2012- noch 154 Tage bis zur Entscheidung”



“OlympJA 2012- noch 154 Tage bis zur Entscheidung” war das Thema der Konferenz des CDU-Bezirksverbandes Untermain am 8. November 2002 in der Turnhalle der Turngemeinde Bornheim 1860 e.V. Der Bezirksvorsitzende MdB Prof. Dr. Heinz Riesenhuber konnte mit der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, der Olympiabotschafterin und Olympiasiegerin Cornelia Hanisch, dem Geschäftsführer der RheinMain 2012 Olympia GmbH, Heinz-Jürgen Weiss, und dem sportpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Römer, Martin Gerhardt, hochkarätige Referenten für die Veranstaltung gewinnen.

Petra Roth kritisierte das wechselhafte und kleinkarierte Verhalten der Frankfurter CDU zur Olympia-Bewerbung der Region Frankfurt RheinMain. Nur mit Mühe konnten die Sozialdemokraten wieder auf Kurs gebracht werden. Diese unzuverlässige Haltung habe jedoch der Bewerbung erheblich geschadet.

Der Frankfurter CDU-Kreisvorsitzende Udo Corts moderierte die Veranstaltung.



*Sehr überzeugend präsentierte Heinz-Jürgen Weiss das Konzept der Bewerbung: Wo sonst als in der Region Frankfurt RheinMain können Urbanität und grüne Spiele, kulturelle Tradition und Modernität so stimmig miteinander verbunden werden. Am Ende des Vortrages sagten alle Teilnehmer JA zu OlympJA 2012.*

*In seiner unnachahmlichen Art warb MdB Prof. Dr. Heinz Riesenhuber für die Olympia-Bewerbung: “Die Bewerbung hat ein Profil, das einem internationalen Vergleich standhält!”. Das Sportkonzept sei atmosphärisch sehr gut durchdacht und die Verkehrsplanung der “kurzen Wege” sei eine logistische Meisterleistung.*



*Fecht-Olympiasiegerin Cornelia Hanisch im Gespräch mit dem Innen- und Sportstaatssekretär Udo Corts. Bei den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles erreichte Hanisch im Einzel die Silbermedaille und mit der Mannschaft die Goldmedaille.*

# Arbeitskreis Wirtschaft der CDU Frankfurt



Der Geschäftsführer der Abteilung Handel, Verkehr und Raumordnung der Industrie- und Handelskammer Frankfurt/M., Dr. Hans-Peter Debling, erläuterte bei einer der letzten Arbeitskreissitzungen anhand einer Mediapräsentation Probleme der Stadtregion Frankfurt-Rhein Main.

## Rhein-Main Flughafen:

Für den geplanten Ausbau des Flughafens (zusätzliche Landebahn) beginne nach Abschluß des Raumordnungsverfahrens das Bebauungsplanverfahren.

Die Aufforderung der Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat, gegen das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens zu klagen, sei irritierend. Ebenso würde allerdings auch die Entscheidung des Regierungspräsidenten in Darmstadt, die 3. Variante des Mediationsverfahrens (Nord-Ost, Nord-West, Süd) nicht zum Raumordnungsverfahren zuzulassen, zur Verunsicherung beitragen.

Mit der Süd-Variante und Schließung der Startbahn West wären 109 Flugbewegungen/Std. möglich, bei einem Soll von 120. Die Querung von Autobahn und Bahnlinie/ICE - bei den übrigen beiden Varianten unverzichtbar - könnte entfallen.

Die Start- und Landezeiten hätten derzeit eine Kapazität von 460, maximal 500 „Slots“, die Bedarfsschätzung gehe aber von 660 aus. Ein

zusätzlicher Engpass für den Airport sei die unzureichende Terminkapazität (56 Mio. Passagiere): Nötig sei ein zusätzliches Süd-Terminal für 25 Mio. Passagiere pro Jahr. Bei der Ausbau-Variante Nord-West sei eine Änderung des Landesentwicklungsplanes erforderlich, wobei noch als Zusatzproblem das Gewerbegebiet Kelsterbach-TICONIA zu berücksichtigen sei.

Der Hunsrück-Flughafen „Hahn“ könne nur eine Ergänzung, keinesfalls eine



Kompensation für den Ausbau des Rhein-Main-Airports sein. Abschließend hob Debling noch einmal die besondere Qualität des Rhein-Main-Flughafens als „jobmaschine“ hervor: Mit rund 62.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist der Frankfurter Flughafen die größte Arbeitsstelle Deutschlands.

## Bahn/ÖPNV:

Dringend erforderlich sei der vierspurige Ausbau der Nordstrecke (Bad Vilbel), da Güter-, Fern- und Nahverkehr (S-Bahn) für mehr Effizienz getrennt werden müssten. Das Bahnprojekt „Frankfurt 21“ (Untertunnelung von Hauptbahnhof bis Ostbahnhof) sei finanziell nicht realisierbar (3,1 Milliarden €). Als weitaus realistischer schätze er die Main-Untertunnelung zum Südbahnhof (1,6 Milliarden €) ein. Hier sei jedoch mit einer langwierigen Prüfung auf behördlicher und politischer Ebene zu rechnen. - Die Verkehrsentwicklung im Bereich Ostbahnhof (bis Ratsweg-Kreisel) müsse in jedem Fall im Zusammenhang mit der Planung für den Umzug der Europäischen Zentralbank stehen. Der Transfer des Frischemarktes zum Martinszehnt sei aber bereits in der Realisierungs-Phase.

Für dringend erforderlich hält Debling einen zentralen Omnibus-Bahnhof (ZOB) in der Nähe des Hauptbahnhofes. Es fehle jedoch eine geeignete Anlaufstelle für den gewerblichen Güter-Schwerverkehr (GTV).



## Hafen 2000+:

Dieses Projekt werde zügig umgesetzt. Im Osthafen würden durch Kompaktierung und Verdichtung zusätzliche Logistik-Flächen verfügbar und durch die Vernetzung Hafen-Schiene-Straße optimiert.

## Straße:

Als in hohem Maße dringend erforderlich bezeichnet Debling den Bau des Riederwald-Tunnel und damit die Verbindung der A66 (Hanau) mit der A 661 (Ost-Tangente). Hier liege das Problem beim Bundesverkehrsminister. Die



Fortsetzung Seite 15

## Versprochen – Gehalten in Hessen:

Erfolgsland Hessen

Ministerpräsident Roland Koch: „Wir haben unsere Versprechen gehalten. Für mich gilt: Ich tue, was ich sage.“

Versprechen vor der Landtagswahl 1999:	Heute eingelöst:	Versprechen vor der Landtagswahl 1999:	Heute eingelöst:
Unterrichtsgarantie!	Unterrichtsgarantie erfüllt: 100.000 Stunden Unterrichtsausfall auf Null abgebaut, 2.900 zusätzliche Lehrer und 1.600 zusätzliche Referendare an Hessens Schulen.	Hessen sicherer machen! Bessere Ausstattung für die Polizei!	• Gegen den Trend in Deutschland: Weniger Straftaten in Hessen. Weiter steigende Aufklärungsquote. • Schluss mit Privilegien für Straftäter: Die Anzahl der gewährten Hafturlaube/Ausgänge im geschlossenen Strafvollzug ist seit 1998 halbiert worden (von 13.890 auf 6.897). • Der Erfolg: Missbrauch bei Haftvereichterung um 95% gemindert. Die Menschen in Hessen sind heute auf der Straße und zu Hause sicherer als unter Rot-Grün und Ex-Landesminister Bökel. • Schnell und effizient – Hessens Polizei heute: 1.300 neue Polizeifahrzeuge und über 10.000 neue Polizeikompüter.
Rot-Grüne Grundwasserabgabe weg!	Jedes Jahr: Allein 120 Mio. € Entlastung von Wirtschaft und Verbrauchern durch Abschaffung der von Rot-Grün erfundenen Grundwasserabgabe zum 31. Dezember 2002.		
Weniger Bürokratie!	Fast 40% aller Verwaltungsvorschriften und 15% aller Rechtsverordnungen systematisch außer Kraft gesetzt. Insgesamt rund 3.500 Regelungen beseitigt. Basiss wird mit der neuen Basordnung einfacher, billiger und schneller.		

www.cdu-hessen.de

## Versprochen – Gebrochen:

Schröders Wahlbetrug! Schröder und Rot-Grün haben die Menschen nach Strich und Faden belogen. Wahlversprechen sind bereits nach wenigen Wochen gebrochen worden:

Versprechen vor der Bundestagswahl 2002:	Heute bereits gebrochen:	Versprechen vor der Bundestagswahl 2002:	Heute bereits gebrochen:
„Steuerverhöhungen sind in der jetzigen konjunkturellen Situation ökonomisch unsinnig, und deswegen ziehen wir sie auch nicht in Betracht. Im Gegenteil.“ (Gerhard Schröder am 26.07.2002 in N-TV)	Fakt ist: Steuern und Abgaben werden massiv erhöht. • Erhöhung der Rentenbeiträge • Steigende Krankenkassenbeiträge • Erhöhung der Bemessungsgrößen • Erhöhung der „Öko“- und Erdgassteuer • Neue Steuer für Aktien-Sparer und Immobilien • Erhöhung der Firmenwagenbesteuerung • Höhere Mehrwertsteuer für Blumen, Flüge, Zahnersatz usw. • Insgesamt 48 neue Steuererhöhungen allein durch das Steuervergünstigungsabbaugesetz	„Wir fördern Familien.“ (SPD-Anzeige in der Welt vom 31.05.2002)	Fakt ist: Rot-Grün macht familienfeindliche Politik. • Rot-Grün küst zum Beispiel die Eigenheimzulage. Familien und der Bauwirtschaft sollen 2003 210 Mio. € entzogen werden. Bis zu 2,27 Mrd. € will der Bund 2006 bei der Eigenheimzulage einsparen. Beim Neubau stehen sich Familien mit der neuen Regelung bis zum 48. (?) Kind schlechter als bisher, beim Erwerb einer gebrauchten Immobilie bis zum 8. Kind.
„Rentenbeiträge bleiben stabil.“ (SPD-Anzeige in der Frankfurter Rundschau vom 10.06.2002)	Fakt ist: „Sparminister“ Eichel macht neue Schulden in Milliarden-Höhe. • Steuerschätzer rechnen mit 34,4-Milliarden-Loch für 2003/2004. • Wirtschaftswise geben Rot-Grün die Hauptschuld an konjunktureller Krise, die für die massiven Steuerausfälle verantwortlich ist • Nach der Bundestagswahl gibt Eichel zu: Allein 2002 werden 15,5 Mrd. € neue Schulden, insgesamt 34,6 Mrd. € Neuverschuldung.	„Wir wenden die Maastricht-Kriterien einhalten.“ (Hans Eichel im Handelsblatt vom 29.08.2002)	Fakt ist: Der Stabilitätspakt für den Euro wird massiv verletzt. Defizit in 2002: voraussichtlich 3,8% des BIP, 2003: 3,1% des BIP. • Die EU-Kommission leitet Verfahren wegen Verletzung der Stabilitätskriterien ein • Für 2003 rechnet die EU-Kommission ebenfalls mit einer Verletzung der Kriterien durch Deutschland Der frühere haushaltspolitische Sprecher der Grünen, Helmut Klotz, war schon vor der Bundestagswahl den Einbruch bei den Steuereinkommen gekannt zu haben. Helmut sagte: „In einem Abwägungsprozess... hat sich die SPD und die Bundesregierung und auch der Bundesfinanzminister fürs Weiterregieren entschieden und gegen die Ehrlichkeit.“ (Die Welt, 14.11.2002)

## Das hatte uns Rot-Grün in Hessen 1999 hinterlassen:

Wirtschaftliches Mittelmaß, Unterrichtsausfall, schlechte Polizeiausstattung...

Wirtschaft	Bildung	Innere Sicherheit
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mittelmaß beim Wirtschaftswachstum.</li> <li>• Rot-Grüne Sondersteuer auf Grundwasser.</li> <li>• Ideologische Barrieren gegen neue Technologien.</li> <li>• Beim Anstieg der Beschäftigung lag Hessen 1998 noch auf Platz 7 aller deutschen Flächenstaaten. (Heute ist Hessen beim Anstieg der Beschäftigung Spitze.)</li> <li>• Mehr Bürokratie, weniger Freiheit.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 100.000 Stunden wöchentlicher Unterrichtsausfall.</li> <li>• Katastrophaler Lehrermangel.</li> <li>• Lehrstellenabbau trotz Schüleranstieg.</li> <li>• Mangel an Referendaren.</li> <li>• Qualitätsabbau an unseren Schulen.</li> <li>• Keine schulförderbezogenen Lehrpläne.</li> <li>• Schulnoten verloren an Bedeutung.</li> <li>• Hauptschulen wurden gezielt geschwächt.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kriminalität auf besorgniserregend hohem Niveau.</li> <li>• Anstieg von Wohnungseinbrüchen, Raubstrafaten und Körperverletzungen.</li> <li>• Miserable Polizeiausstattung verantwortet durch damaligen Innenminister Bökel.</li> <li>• Lächerlicher Strafvollzug, hohe Überbelegung in den Gefängnissen.</li> <li>• Massiver Stellenabbau bei Polizisten, Richtern und Staatsanwälten.</li> </ul>

## Bis 1999 wurde Hessen von Rot-Grün schlecht regiert!

Ein Blick in die Presse zur rot-grünen Regierungszeit in Hessen zeigt deutlich, warum Rot-Grün schlecht für Hessen ist.

Wirtschaft	Bildung	Sicherheit
<p><b>Rot-Grün gegen Arbeitsplätze:</b></p> <p>„Flughafen Frankfurt verliert seine führende Stellung in Europa“ – Luftfahrtverband: Schon in 2 Jahren/hohe Zuwachsraten in Amsterdam, London und Paris (Rhein-Main-Zeitung, 05.03.1998)</p> <p>Hessen will über den Bundesrat die 620-Mark-Jobs abschaffen</p> <p>Vorstoß der rot-grünen Landesregierung/ die FDP befürchtet Arbeitsplatzabbau (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.03.1998)</p>	<p><b>Rot-Grün gegen die Schulen:</b></p> <p>Selbst die GEW spricht in Hessen von Misswirtschaft – ein Schulbeginn mit vielschichtigen Klagen über die Lehrerversorgung/ stattdessen Unterrichtsausfall (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.08.1998)</p> <p>Lehrer kritisieren Ausfall von Unterricht an Berufsschulen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.11.1998)</p> <p>„Unsere Kinder werden zu Versuchskaninchen“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.11.1998)</p>	<p><b>Rot-Grün gegen die Polizei:</b></p> <p>Der Landeschef der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Stellenabbau bei der Polizei begünstigt Straftäter“ (Frankfurter Neue Presse, 29.06.1995)</p> <p>Stellenabbau: Polizei „sauer und frustriert“ (Frankfurter Neue Presse, 29.08.1995)</p> <p>Hessens Polizisten werfen Eichel „Wortbruch“ vor (Welt am Sonntag, 22.09.1996)</p> <p>Bauchtänzerin in Schwalmstadt, Waffen in Kassel, Schnapsbrennen in Butzbach – Was ist faul in Hessens Gefängnissen? (Frankfurter Neue Presse, 20.08.1998)</p>

Argumente für Ihre Überzeugungsarbeit

## Viel getan für Hessen:

### WIRTSCHAFT:

- Wachstum, Arbeit, weniger Bürokratie
- Nr. 1 beim Wirtschaftswachstum.
- Nr. 1 bei Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; stärkster Rückgang (6,1% weniger Arbeitslose).
- Nr. 1 bei neuen Arbeitsplätzen: stärkster Zuwachs deutschlandweit.
- Nr. 1 bei Attraktivität als Standort: höchste (Direkt-)Investitionen aus dem Ausland.
- Weniger Bürokratie: über 3.500 Vorschriften und Verordnungen systematisch abgeschafft.
- Rot-Grüne Grundwasserabgabe abgeschafft.
- Mittel für den Landesstraßenbau mehr als verdoppelt.
- Ausbau der Flughäfen Frankfurt und Kassel-Calden vorangetrieben.

### BILDUNG:

- Schule, Betreuung, Integration
- Unterrichtsgarantie versprochen, gehalten, erfüllt.
- Über 100.000 Stunden Unterrichtsausfall von Rot-Grün wurden komplett abgebaut – auf Null!
- Fast 3.000 neue Lehrer zusätzlich an Hessens Schulen.
- Neue „Lehrerfeuerwehr“ gegen Unterrichtsausfall, 100 Lehrkräfte extra.
- Betreuung vertriebt: an Grundschulen heute drei mal mehr Betreuungsangebote wie zu Zeiten von Rot-Grün.
- Integration verbessert: über doppelt so viel Deutschunterricht für ausländische Kinder als zu Zeiten von Rot-Grün.

## Erfolgsland Hessen

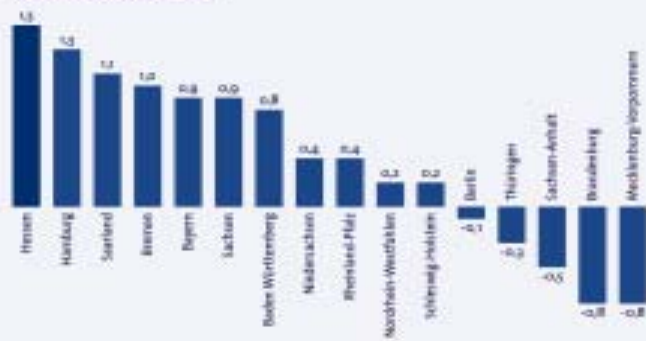
### SICHERHEIT:

- Effiziente Polizei, Kriminalitätsrückgang, konsequenter Strafvollzug
- Rückgang der Straftaten in Hessen (-2,5%) gegen den Bundesstrend (+1,6%)
- Steigende Aufklärungsquote.
- Effizientere Polizeiarbeit: 1.300 (!) neue Polizeifahrzeuge und über 10.000 (!) neue Polizeicomputer in den Dienststellen.
- Besser aufgestellt, sicheres Umfeld: Einführung der Wachpolizei und des Freiwilligen Polizeidienstes.
- Einführung der Videoüberwachung an Kriminalitäts-Schwerpunkten und Einführung der „Schleierfahndung“.
- Schaffung eines konsequenter Strafvollzugs.
- Innovativ und effizient: deutschlandweit erstmalige Einführung „elektronischer Fußfesseln“.
- Reduzierung der Überbelegung in den Gefängnissen um 50% im Vergleich zu Rot-Grün: Baubeginn einer neuen Haftanstalt (JVA) in Hünfeld.

www.cdu-hessen.de

## Viel getan für Hessen:

### Wirtschaft



**Beim Wachstum Spitze!**  
Wachstum des Bruttoinlandsproduktes der Bundesländer 2001 zu 2000 in %  
Hessen Nr. 1 – sogar vor Bayern und Baden-Württemberg!

### Bildung



**Unterrichtsgarantie erfüllt!**  
Entwicklung des Unterrichtsausfalls in Wochenstunden

### Sicherheit



**Weniger Straftaten!**  
Entwicklung der Straftaten 2001 zu 2000 in %

## Erfolgsland Hessen

www.cdu-hessen.de

## Viel getan für Wirtschaft und Arbeit:

### Wirtschaftsmotor Hessen: Arbeit und Wohlstand für Alle!

#### Wir haben...

- im Jahr 2001 in Hessen erstmals wieder das stärkste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer erreicht,
- uns bei ausländischen Direktinvestitionen bundesweit klar an die Spitze gesetzt,
- die Arbeitslosenzahl 2001 um 6,5% und somit am stärksten in Deutschland gesenkt,
- Hessen beim Arbeitsplatzzuwachs deutschlandweit an die Spitze gebracht,
- seit Antritt der Regierung von Roland Koch in Hessen 105.000 sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigte in Arbeit gebracht,
- die Jugendarbeitslosigkeit 2002 prozentual wieder unter die allgemeine Arbeitslosigkeit gesenkt,
- den Spitzenplatz in Deutschland beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit erreicht,
- durch weniger Bürokratie die Wirtschaft entlastet: Abschaffung von 3.500 Verwaltungsvorschriften und Rechtsverordnungen,

## Erfolgsland Hessen

### Sicherheit ist Bürgerrecht!

#### Wir haben...

- die Hessische Bauordnung novelliert: damit fallen bei einem Ein- bzw. Zweifamilienhaus Genehmigungsgeldern von ca. 1000 € weg,
- die Rot-Grüne Grundwasserabgabe abgeschafft: Entlastung der hessischen Wirtschaft um jährlich rund 120 Mio. €,
- die Mittel für den Landesstraßenbau mehr als verdoppelt,
- den Ausbau der Flughäfen Frankfurt und Kassel-Calden weiter vorangetrieben.

www.cdu-hessen.de

## Viel zu tun für Wirtschaft und Arbeit:

### Wirtschaftsmotor Hessen: Arbeit und Wohlstand für Alle!

#### Wir werden...

- die Mittel für den Landesstraßenbau und für dringend notwendige Ortsumgehungen nochmals – auf dann 100 Mio. € – verdoppeln,
- dringend notwendige Bundesautobahn- und -straßenprojekte verwirklichen,
- die Planungen für die ICE-Hochgeschwindigkeitsstrecken Frankfurt-Hanau-Fulda sowie Frankfurt-Mannheim weiter zügig vorantreiben. Die Anbindung der süd-hessischen Stadt Darmstadt ist dabei zwingend,
- den Frankfurter Flughafen ausbauen (hierdurch bis zu 52.000 neue Arbeitsplätze) und das Nachtflugverbot einführen. Das Mediationsergebnis wird damit Schritt für Schritt umgesetzt und garantiert, dass die Inbetriebnahme einer neuen Landebahn mit der Einführung eines Nachtflugverbotes von 23.00 Uhr bis 5.00 Uhr einhergehen wird. Die Kooperation mit dem Flughafen Frankfurt-Hahn muss zudem weiter vorangetrieben werden,
- den Verkehrslandeplatz Kassel-Calden mit einem dreistelligen Millionenvolumen zu einem Regionalflughafen ausbauen,
- die Telematik (intelligente Steuerung und Steuerung der Verkehrsströme) im Verkehr weiter forcieren, indem die vorhandenen Verkehrsdaten und Verkehrsrechner besser vernetzt und ausgebaut werden,
- dafür sorgen, dass international hoch qualifizierte Experten in Hessen ein optimales Umfeld finden,
- vor allem für den Mittelstand bessere Finanzierungsmöglichkeiten schaffen und die Investitionsbank Hessen als Förderungsinstitut konsequent ausbauen,
- Schwarzarbeit konsequent bekämpfen und uns hier auch für die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen bei eigengenutzten Immobilien einsetzen.

## Erfolgsland Hessen

### Sicherheit ist Bürgerrecht!

#### Wir werden...

- bis 2015 das „Sicherheitsland Hessen“ schaffen,
- die Aufklärungsquote in den nächsten 5 Jahren auf über 50 % steigern,
- weitere Haftplätze bauen,
- uns dafür einsetzen, die Höchststrafe im Jugendstrafrecht für besonders schwere Straftaten wie Mord von 10 auf 15 Jahre zu erhöhen,
- die Verfügbarkeit von Drogen strikt einschränken,
- Polizei und Justiz weiter modernisieren,
- abgelehnte Asylbewerber beschleunigt und konsequent abschieben,
- dafür sorgen, dass ausländische Straftäter die Haft auch ohne ihre Zustimmung im Heimatland verbüßen,
- ein Landesgesetz zur Unterbringung gefährlicher Sexualstraftäter schaffen,

www.cdu-hessen.de

## Viel getan für die Bildung:

### Hessen auf dem Weg zum Bildungsland Nr. 1!

#### Wir haben...

- die Unterrichtsgarantie erfüllt: 100.000 Stunden Unterrichtsausfall abgebaut,
- 2.900 Lehrer und 1.600 zusätzliche Referendare eingestellt,
- frischen Wind an Hessens Schulen: die Anzahl der Lehrer bis 35 Jahre fast verdreifacht,
- die Bildungsausgaben um 600 Mio. € erhöht. Lag Hessen unter Rot-Grün zwischen 1994 und 1998 beim prozentualen Zuwachs der Ausgaben der Länder auf einem dürftigen 13. Platz, so stehen wir heute schon auf Platz 2,
- 100 Lehrkräfte als „Lehrerfeuerwehr“ für Vertretungsunterricht an Grundschulen zur Verfügung gestellt,
- die Mittel, um Vertretungsunterricht flexibel zu bezahlen, auf 32 Mio. € sechsfacht,
- die Anzahl der Grundschulen mit Betreuungsangeboten in Hessen mehr als verdreifacht,
- die Offensive zum Ausbau von Ganztagsangeboten in allen Schulformen gestartet: Nach Bedarf wird das Ganztagsangebot ausgeweitet, so dass in Wohnortnähe erreichbar; eine Zwangsganztagschule wird es aber mit uns nicht geben,
- 173 Schulen mit Ganztagsangeboten in Hessen, davon sind über 40 in diesem Schuljahr entstanden. Damit steht Hessen unter den Bundesländern im ersten Drittel. Für weitere Ganztagsangebote stehen im nächsten Schuljahr 80 zusätzliche Lehrerstellen bereit,
- den Deutschunterricht für ausländische Kinder mehr als verdoppelt, denn Integration fängt bei Sprache an,

## Erfolgsland Hessen

- die Profile der einzelnen Schulformen geschärft, den qualifizierten Hauptschulabschluss auf den Weg gebracht,
- die Förderung leistungsstarker und hochbegabter Schülerinnen und Schüler ermöglicht,
- mit der „Internatsschule Schloss Harnenberg“ gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft ein deutschlandweit einmaliges Schulmodell für besonders leistungsfähige Schüler gestartet,
- für klare Versetzungsregeln gesorgt: Eine Versetzung mit 5 Fünfen wie zu SPD-Zeiten gehört der Vergangenheit an,
- Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen überall gestärkt,
- einen verbindlichen Mathematiktest in der 8. Klasse eingeführt.

www.cdu-hessen.de

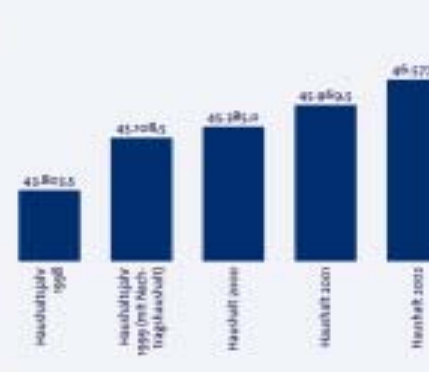
## Viel zu tun für die Bildung:

### Hessen auf dem Weg zum Bildungsland Nr. 1!

#### Wir werden...

- nach der Unterrichtsgarantie jetzt die Qualitätsgarantie für bessere Bildung verwirklichen, Eltern und Schülern die Sicherheit für Qualität und Leistungsfähigkeit der von ihnen gewählten Schule aufgrund landesweiter Leistungsvergleiche geben,
- in Hessen ein „Institut für Bildungsqualität“ schaffen, das Leistungsvergleiche verlässlich organisiert und veröffentlicht,
- regelmäßige vergleichende Untersuchungen zwischen den Bundesländern vorantreiben, damit Hessens Schüler die gleichen Chancen haben, wie die in Bayern und Baden-Württemberg,
- Abschlüsse an Haupt- und Realschulen und das Abitur mit landeseinheitlichen und vergleichbaren Standards schaffen,
- die Leistung der Schüler der Grundschulklasse 3 auf der Grundlage einer Orientierungsarbeit in Deutsch und Mathematik verbindlich bewerten, um eine individuelle Förderung noch vor der 4. Klasse zu ermöglichen,
- in den Klassen 4 Vergleichsarbeiten einführen, um eine gleichmäßige Vorbereitung in allen hessischen Grundschulen auf die weiterführenden Schulen zu ermöglichen, zwischen möglichst vielen Bundesländern Bildungsstandards vereinbaren, die den Schülern beim Wechsel zwischen den Ländern ein vergleichbares Anforderungsprofil sichern, die Stundentafel weiter ausbauen. Dabei sind neben dem zum Teil jetzt schon verbesserten Kernfachbereich Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen auch die Bereiche Naturwissenschaften, Geschichte und Musik weiter zu stärken,
- freiwillige, bedarfsorientierte und wohnortnahe Ganztagsangebote weiter ausbauen.

## Erfolgsland Hessen



**Mehr Lehrstellen für die Unterrichtsgarantie!**  
(Lehrstellen im Haushalt des Landes Hessen)

## Viel getan für Hessens Sicherheit:

### Sicherheit ist Bürgerrecht!

#### Wir haben...

- in Hessen einen Rückgang der Kriminalität trotz bundesweitem Anstieg, dabei die Zahl der Wohnungsdiebstähle von 18.900 im Jahr 1998 auf 14.900 im Jahr 2002 verringert,
- die Aufklärungsquote auf Rekordstand geführt,
- nach Rot-Grün eine Offensive für eine moderne Polizei durchgeführt: mehr als 10.000 neue Computer und 1.300 neue Fahrzeuge,
- den Stellenabbau bei Polizisten, Richtern und Staatsanwälten gestoppt,
- die Vollzugs-polizei mit Beginn der flächendeckenden Einführung der Wachpolizei entlastet,
- den Freiwilligen Polizeidienst eingeführt,
- die Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten eingeführt,
- die „Schleierfahndung“ gesetzlich verankert und damit 1534 Festnahmen im Jahr 2001 und im 1. Halbjahr 2002 bewirkt,
- den konsequentesten Strafvollzug in Deutschland: Privilegien für Straftäter abgebaut,
- die Zahl der Missbräuche bei gewährtem Hafturlaub um 95 % gesenkt,

## Erfolgsland Hessen

### Sicherheit ist Bürgerrecht!

#### Wir werden...

- rückfallgefährdete Sexualstraftäter konsequent unter Führungsaufsicht stellen und kontrollieren,
- uns dafür einsetzen, das Erwachsenen-Strafrecht ab Vollendung des 18. Lebensjahres einzuführen, den Jugendarrest bei jugendlichen Mehrfahrlätern ausdehnen,
- die Entkriminalisierung von Delikten wie Ladendiebstahl oder Schwarzfahren verhindern,
- Anti-Graffiti-Einsätze flächendeckend ausweiten,
- die Polizei zum Aufgreifen von Schulschwänzern einsetzen,
- die Initiative „Netzwerk gegen Gewalt“ zur Bekämpfung der Jugendkriminalität schaffen,
- die bereitgestellten Mittel für Opfer von Gewalttaten deutlich erhöhen.

www.cdu-hessen.de

## Viel zu tun für Hessens Sicherheit:

### Sicherheit ist Bürgerrecht!

#### Wir werden...

- bis 2015 das „Sicherheitsland Hessen“ schaffen,
- die Aufklärungsquote in den nächsten 5 Jahren auf über 50 % steigern,
- weitere Haftplätze bauen,
- uns dafür einsetzen, die Höchststrafe im Jugendstrafrecht für besonders schwere Straftaten wie Mord von 10 auf 15 Jahre zu erhöhen,
- die Verfügbarkeit von Drogen strikt einschränken,
- Polizei und Justiz weiter modernisieren,
- abgelehnte Asylbewerber beschleunigt und konsequent abschieben,
- dafür sorgen, dass ausländische Straftäter die Haft auch ohne ihre Zustimmung im Heimatland verbüßen,
- ein Landesgesetz zur Unterbringung gefährlicher Sexualstraftäter schaffen,

## Erfolgsland Hessen

### Sicherer in den eigenen vier Wänden!



**Sicherer in den eigenen vier Wänden!**  
Weniger Wohnungsdiebstähle (Anzahl der Diebstähle in Wohnungen in Hessen)

## Viel getan für Hessens Familien:

### Auf dem Weg zum Familienland Nr. 1! Wir haben...

- die Mittel für Betreuung an hessischen Schulen nahezu verdoppelt (1998: 4 Mio. €, 2002: 7,1 Mio. €),
- die Anzahl der Grundschulen mit Betreuungsangeboten in Hessen mehr als verdreifacht (288 in 1998/99; 946 in 2002/03),
- das Programm zur Förderung der Sprachkompetenz von Kindern im Kindergartenalter ohne ausreichende Deutschkenntnisse mit 1,3 Mio. € gestartet,
- die Offensive für Kinderbetreuung gestartet und die Ausgaben für bedarfsgerechte Tagesversorgung von Kindern verfünffacht,
- die „Familienpolitische Offensive“ gestartet: Maßnahmenkatalog für eine familienfreundlichere Infrastruktur,
- die Hessen-Stiftung: „Familie hat Zukunft“ zur Entwicklung von familienpolitischen Verbesserungskonzepten gegründet,
- den Landeswettbewerb: „Familienfreundliche Kommune“ ins Leben gerufen,
- den jährlichen „Hessischen Familientag“ eingeführt, um die hohe Bedeutung der Familien zu unterstreichen.

## Erfolgsland Hessen

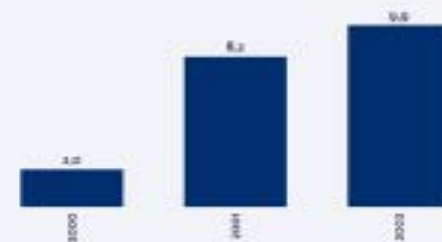


## Viel zu tun für Hessens Familien:

### Auf dem Weg zum Familienland Nr.1! Wir werden...

- die Offensive für Kinderbetreuung verstärken (bereits 10,5 Mio. € für 2003 geplant) und damit das Angebot an bedarfsgerechter Kinderbetreuung weiter ausbauen,
- flexiblere Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen schaffen,
- den Tagesmütterbereich durch den Aufbau eines Tagesmütternetzwerks zur Gewinnung, Vermittlung sowie Fort- und Weiterbildung von Tagesmüttern und -vätern weiter ausbauen,
- weitere bedarfsgerechte Ganztagsangebote an Schulen sowie private Initiativen wie z.B. generationenübergreifende Kinderbetreuungsprojekte und Betriebskindereinrichtungen schaffen bzw. unterstützen,
- familienfreundliche Wohn- und Verkehrsbedingungen und familienverträgliche Arbeitsplätze und Arbeitszeiten fördern,
- die Elternbildung durch den weiteren Ausbau und die Förderung von Einrichtungen der Familienbildung und -beratung stärken,
- die familienfeindliche Politik der rot-grünen Bundesregierung – zum Beispiel die Kürzung der Eigenheimzulage – bekämpfen,
- 2003 das Programm zur Förderung der Sprachkompetenz der Kinder im Kindergartenalter ohne ausreichende Deutschkenntnisse um weitere 300.000 € erhöhen.

## Erfolgsland Hessen



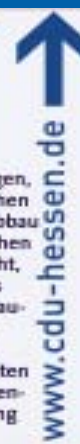
**Offensive für Kinderbetreuung!**  
Ausgaben für bedarfsgerechte Tagesbetreuung von Kindern verfünffacht [in Mio. €]

## Viel getan für ein soziales und gerechtes Hessen:

### Fördern und Fordern! Wir haben...

- mit dem hessischen OFFENSIV-Gesetz nach dem Wisconsin-Modell erstmals eine grundlegende Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Rahmen eines Gesamtkonzepts präsentiert,
- den Weg von der reinen Alimentation hin zu einem Fördern und Fordern beschränkt: Keine Leistung ohne Gegenleistung! Derjenige, der nicht arbeitet, darf nicht mehr haben, als derjenige, der arbeitet!
- dem Mangel an Pflegekräften entgegen gewirkt (Übernahme der Schulkosten für die Altenpflegeausbildung, Möglichkeit der verkürzten Altenpflegeausbildung, einjährige Altenpflegehelferausbildung, Start der Pflegekampagne „Pflegeberufe heute. Professionalität und Menschlichkeit“),
- durch ein modernes Landes-Krankenhausgesetz eine patienten- und bedarfsgerechte stationäre Versorgung langfristig sichergestellt,
- alle bestehenden Gesetze und Verordnungen auf die Auswirkungen für behinderte Menschen überprüft sowie deren Belange bereits bei der Erstellung neuer Gesetze und Verordnungen berücksichtigt,

## Erfolgsland Hessen

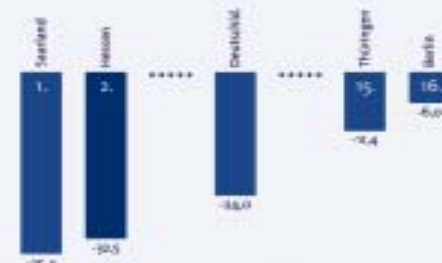


## Viel zu tun für ein soziales und gerechtes Hessen:

### Fördern und Fordern! Wir werden...

- die berufliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der Praxis weiter fördern und verbessern,
- die Erfahrungen der Senioren nutzen, z.B. durch Seniorenpatenschaften in der Kinderbetreuung, Patenschaften zwischen Auszubildenden in Betrieben und Mitarbeitern im Ruhestand,
- die Qualität der Pflege von Senioren verbessern und jedem pflege- und hilfsbedürftigen Menschen eine angemessene individuelle und qualitativ hochwertige Betreuung gewährleisten,
- uns für ein leistungsfähiges Gesundheitssystem einsetzen mit dem Ziel, auch weiterhin Hochleistungsmedizin und ein dichtes Versorgungsnetz für alle zu bieten und zugleich bezahlbar zu bleiben,
- die Eigenverantwortung und Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung stärken und die Zahl behindertengerechter Wohn- und Arbeitsplätze ausbauen,
- Arbeitslose und arbeitsfähige Sozialhilfebezieher fördern und fordern sowie den Arbeitsmarkt flexibilisieren: z.B. Umsetzung des hessischen OFFENSIV-Gesetzes, Änderung und Modernisierung der durch die rot-grüne Bundesregierung vorgenommenen Regelungen bei der sog. „Geringfügigen Beschäftigung“ (630 DM- bzw. 325 €-Regelung) und des sog. Scheinselbstständigengesetzes.

## Erfolgsland Hessen



**Hessen ist beim Rückgang der Arbeitslosigkeit von Schwerbehinderten sehr erfolgreich!**  
Rückgang zwischen April 1999 und Sept. 2002 in %

Dauer-Baustelle Frankfurter-Kreuz (Neubau 1956!) sei eine Bundesangelegenheit. Das Frankfurter Straßen-Netz mit insgesamt rund 12.450 km sei in der Instandhaltung verbessert worden, es bestehe aber noch immer ein erheblicher Bedarf. Für die einfache Reparatur stünden lediglich € 30,- je km im Jahr, für Instandsetzung € 130,- pro km und Jahr zur Verfügung. Allgemein empfiehlt Debling für Schiene und Straße, die Lücken in den Tangential-Verbindungen zu schließen. Die Hemmung des Individualverkehrs in der Frankfurter Innenstadt stelle für ihn eine „Verödungsgefahr“ dar. Durch Abriss mehrerer Parkhäuser (Junghofstraße 714 Plätze, Theater 710 Plätze, Gutleut 710) drohe die Vergrämung zahlungskräftiger Kunden, die nicht nur im PKW anfahren, sondern diesen auch als Depot für gekaufte Waren nutzen. Ersatz für die Sperrung Durchfahrt Hauptwache entstehe nur zögerlich und in noch nicht geklärt Zahl. Als Beispiele führt der IHK-Geschäftsführer die Tiefgarage Rathenau-Platz (max. 600 Stellplätze) und das Telekom-Gelände (theoretisch 2000 Stellplätze möglich) an. Sauberkeit und Sicherheit in der Innenstadt seien deutlich verbessert worden. Im „Europa-Viertel“ (90 ha) sei eine eventuelle Zwischen-Nutzung in Verbindung mit den Olympischen Spielen denkbar.

Horst Köhler Vorsitzender AK Wirtschaft und Umwelt

# Arbeitskreis Wirtschaft der CDU Frankfurt - Besuch bei TENOVIS

Auf Einladung von Herrn Sieger, Leiter der Unternehmens-Kommunikation, besuchte der Arbeitskreis Wirtschaft und Umwelt im Herbst das Unternehmen Tenovis in der Kleyerstraße. Hervorgegangen ist dieses in Frankfurt noch weniger bekannte Unternehmen aus dem wohlbekannten Firmen Bosch-Telenorma und davor Telefonbau und Normalzeit (TN).

Die beiden einleitenden Referate von Herrn Sieger und Herrn von Reventlow machten klar, wie grundlegend und beeindruckend die technologisch und marktbedingten Veränderungen eines der großen Frankfurter Industrie-Unternehmens sind. Zukunftsfähigkeit, Mark-

kräftigkeit und Ertragskraft konnten so neu entwickelt werden, wo früher in weitläufigen Produktionsanlagen erstklassige Erzeugnisse für den Weltmarkt produziert wurden, werden heute kundenspezifische Telekommunikationssysteme (Vernetzung von Telefon-Telefax-Internet-EDV) konzipiert, aus unterschiedlichen Komponenten komponiert, die Vor-Ort-Installation organisiert und im Nutzungsverlauf servicemäßig betreut. - Analogien zur Automobilindustrien sind nicht ganz zufällig.

Der Marktanteil von TENOVIS bei mittleren und großen Anlagen in Europa beläuft sich ca. 26%. 6500 Mitarbeiter - davon rd. 1500 in Ffm. - in rd. 80 Service-Zentren. - Der anschließende Rundgang führte zunächst in das selbstständig geführte SERVICEFORCE-Testlabor mit separatem Sicherheits-Bereich.

Dort werden Eigenprodukte, zugekaufte Systemkomponenten und Erzeugnisse im Fremdauftrag den unterschiedlichsten Qualitätsprüfungen unterzogen. Dafür stehen Hochspezialisierte Geräte und Räume zur Verfügung. Z.B. Elektronen-Mikroskope zur Analyse der Material-Konsistenz, Spektral-Analyse und andere Verfahren für chemische Prüfungen, elektronische Prüfungen, Materialprüfung unter verschiedenen Temperatur- und -Druckverhältnissen, Druck-Bewegungs- und Vibrations-Tests. Eine faszinierende Technik-Welt!!

Zweite Station des Rundganges war das AUSBILDUNGS-Zentrum. und bundesweit anerkannte Berufsbilder entwickelt. - Eine Pionierleistung!! Letzte Station des Rundganges: die DATABURG Auf vorhandenem Gelände wurden große Räume mit sehr hohem Sicherheits-Standard errichtet: Stabil, ohne Fenster, gesicherte Klimaanlagen, Feuerschutz Zugangskontrollen (die bereits vermieteten Räume waren nicht zugänglich) auch für Nutzer und Service-Personal, EDV-gerecht (Kabelböden, Server). Dort sind zahlreiche EDV-Arbeitsplätze und Speicher installiert.

Für große Unternehmen, meist Banken, werden dort Daten-Sicherheitspeicher und Notfall-EDV-Arbeitsplätze vermietet und hoffentlich



Für die komplexen Aufgaben des Unternehmens ist intensive, qualifizierende Ausbildung erforderlich. Für einen großen Teil der rd. 70 Auszubildenden wurden in Zusammenarbeit mit Berufsschule, Industrie- u. Handelskammer, Berufsverbänden u. Gewerkschaften neue Ausbildungsgänge konzipiert

nicht gebraucht. Zum Abschluss des Abends mit vielen beeindruckenden Erkenntnissen konnte bei einem hochwillkommenen Imbiss manches besprochen werden. Herzlichen Dank Herrn Sieger und allen TENOVIS-Mitarbeitern. Horst Köhler Vorsitzender AK Wirtschaft und Umwelt





## Jetzt reicht's! Eindeutige Botschaft von Ministerpräsident Roland Koch

Mehr als 900 Gäste nahmen am Wirtschaftskongress der CDU Hessen "Jetzt reicht's! Der Mittelstand steht auf!" am 2. November 2002 im Marriott Hotel in Frankfurt am Main teil. Neben dem Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Dieter Hundt, diskutierten Unternehmer und Experten aus Politik und Wirtschaft. Mit diesem Mittelstandskongress wurde ein deutliches Signal an die rot-grüne Bundesregierung gegeben. Der vorgestellte Forderungskatalog "Offensive für den Mittelstand jetzt!" zeigte die notwendigen Maßnahmen auf.

Ministerpräsident Roland Koch wies in seiner Rede darauf hin, dass die katastrophale Situation des Mittelstandes die zentrale Herausforderung der Wirtschaftspolitik sei. Wenn der Mittelstand nicht schnell bessere politische Rahmenbedingungen erhalte, werde die hohe Arbeitslosigkeit nicht wirksam zu bekämpfen sein. Die anstehenden Steuererhöhungen und die Verschiebung der steuerlichen Entlastungen seien Gift für die

Unternehmen. Pleiten und Arbeitslosigkeit werden weiter spürbar ansteigen. Mit der Koalitionsvereinbarung setze die rot-grüne Bundesregierung ihre mittelstandsfeindliche Politik. Die CDU Hessen werde diese Politik nicht weiter akzeptieren. Jeden Tag werde es offensichtlich: Rot-Grüne braucht Kontrolle!

## Presse

### Klare Botschaft für die Stadtteile Ulrich Caspar (CDU) setzt auf Umwelt, Kinderfreundlichkeit und Sicherheit



Das Gespräch mit Stadtrat Ulrich Caspar führte Stadtanzeiger-Redakteur Michael Mendetzki Frankfurter Stadtanzeiger, 09.12.2002

Nicht erst seit es gilt, Profil für die hessische Landtagswahl im Februar 2003 zu gewinnen, ist Stadtrat Ulrich Caspar in den nord-westlichen Stadtteilen Frankfurts ständig unterwegs. Schon lange vor der Bundestagswahl gilt: Kaum ein Jubiläum, keine Feier und schon gar kein Straßenfest, auf dem man den Stadtrat mit dem aristokratischen Charme nicht antreffen kann. Caspar sucht die Nähe zu den Menschen in den Stadtteilen und das hat wohl seinen Grund. Der Frankfurt Stadtanzeiger nahm die Gelegenheit während einer Veranstaltung in Frankfurt-Rödelheim wahr, um den Diplom-Betriebswirt und CDU-Landtagskandidaten nach seinen politischen Nahzielen zu befragen.

*FS: Herr Caspar, man sieht sie auffällig oft auf Veranstaltungen im Frankfurter Nordwesten. Was wollen Sie den Bürgern vermitteln?*

Kommunalpolitiker sollten nicht nur im Römer, sondern vor allem bei den Menschen sein. Mir liegen zwei Themen ganz besonders am Herzen. Wichtig ist für mich einmal, dass das Leben für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen noch sicherer wird. Nicht weniger wichtig ist mir eine Verbesserung der Situation der Kinder in der Stadt.

*FS: Nehmen wir einmal die Kinder. Welche Ziele verfolgen Sie dabei?*

Familien oder Alleinerziehende mit Kindern brauchen ein Umfeld, das kindergerecht ist, wird bzw. wieder dazu gemacht wird. Ich denke, wir haben beispielsweise mit dem Fluss Nidda und seinen vielen Seitenarmen ein ideales Freizeit-Refugium für Kindern. Wir sind in der glücklichen Lage, nicht unbedingt in den Taunus fahren zu müssen, um uns zu erholen, um Natur zu erleben. Ich habe als kleiner

Junge in Praunheim, wo ich heranwuchs, den Lebensraum Nidda in vollen Zügen genossen. Auch wenn ich es damals mit einem anderen Bewusstsein tat. Heute kann ich den Lebensraum Nidda noch intensiver genießen. Auch als Vater dreier Kinder.

*FS: Die Nidda scheint es Ihnen ja besonders angetan zu haben?*

Ja - ich denke, die Nidda ist der ideale Ort, um Pflanzen und Tiere in einer Großstadt wie Frankfurt täglich live zu erleben. Hier werden Kindern die Augen für die Schönheit der Natur geöffnet, für das Zusammenspiel in der Natur und für die Notwendigkeit des pfleglichen Umgangs mit der Natur. Ich gebe diesem Umfeld ganz klar den Vorzug vor künstlich angelegten Spielplätzen, obwohl natürlich auch die gebracht werden.

*FS: Ein weiterer Fokus bezüglich Ihres Engagements in den Stadtteilen liegt auf dem Thema Sicherheit. Die diesbezüglichen Probleme in dieser Stadt sind bekannt und vielfältig. Wo wollen Sie ansetzen?*

Ältere Menschen erleben die Großstadt oft als fremd und bedrohlich. Sie haben das Gefühl, dass es immer schlimmer werde, obwohl sehr viel mehr für die Sicherheit der Bürger in dieser Stadt getan wird, als noch in früheren Jahren. Aber das Problem ist die subjektive Sicherheit, die auch unsere Oberbürgermeisterin Petra Roth immer wieder erwähnt. Zurecht, wie ich meine. Denn wir müssen dafür sorgen, dass jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger ein Höchstmaß an subjektiver Sicherheit empfinden kann.

*FS: Wie wollen Sie das erreichen?*

Ich denke da an Beispiele in den USA. Dort funktioniert das soziale Zusammenspiel auch in Form einer positiv zu bewertenden sozialen Kontrolle in den jeweiligen Wohnquartieren mit einer ausgeprägten Struktur von für die Sicherheit verantwortlichen

Ansprechpartnern. So können Probleme früh erkannt und schneller gelöst werden.

*FS: Sie denken da an die Quartiermeister, wie wir sie in unseren Siedlungen zum Teil schon haben?*

Auch das. Aber es kommt auch auf den einzelnen an. Ich denke, die Menschen sollten sich wieder mehr füreinander interessieren. Durch solch ein Verhalten des wachen Interesses für den Nachbarn - was von purer Neugier zu unterscheiden ist - kann z. B. sehr schnell eine normale Umzugssituation von einem dreisten Wohnungsdiebstahl unterschieden werden. Ich bin der Meinung, dass die „das-geht-mich-nichts-an-Mentalität“ falsch ist. Nicht umsonst wurde im Römer eine Stabstelle Sicherheit eingerichtet von der eine Menge Aktivitäten ausgehen. Denken Sie an die Präventionsräte, die mittlerweile in 16 dafür vorgesehenen Stellen Frankfurts gute Arbeit leisten.

Aus meiner Sicht gilt es folgende Punkte zu beachten, damit die Sicherheit generell weiter erhöht werden kann: 1. Beseitigung der Anonymität, denn sie verursacht Unsicherheit. 2. Mehr soziale Kontrolle in unseren Stadtteilen, ähnlich der in ländlichen Regionen und 3. stärkere Förderung von Vereinen sowie deren Aktivitäten. Denn gerade die Vereine sind es, die es ermöglichen, soziale Kontrolle auszuüben und bedenkliche Entwicklungstendenzen frühzeitig zu erkennen und im Sinne des Miteinander richtig zu kanalisieren. So wird mehr Sicherheit spürbar - auch subjektiv, und gerade in einer Großstadt wie Frankfurt am Main

## Corts und Rhein: Existenzgründungen weiter ausbauen!

Frankfurt am Main, 29.11.2002 - Der Frankfurter CDU-Kreisvorsitzende Udo

Corts und der Frankfurter Landtagsabgeordnete Boris Rhein besuchten im Rahmen einer „Start-up-Tour“ junge Firmengründer und Geschäftsführer von New-Economy Unternehmen in der Hanauer Landstraße, um sich über deren Probleme, Anliegen und Forderungen an die Politik zu informieren.

Corts und Rhein wiesen am Rande dieser „Tour“, bei der die Firmen Atrium Living Pictures (Filmproduktion), Project-Promotions (Events), inmagic (Internet Anwendungen), Main Web KG (Web-Design), AdVenue und RSP GmbH (Ingenieure) besucht wurden, darauf hin, dass das Unternehmertum eine Renaissance erlebe und die Selbständigkeit in wirtschaftlich angespannten Zeiten eine große Chance bieten würde. Beide CDU-Politiker hoben die Bedeutung des Existenzgründungszentrums Kompass hervor und betonten, dass durch die Aktivität des Zentrums Arbeitslose zu Firmenchefs geworden seien. Die Ausgründungsquote liege bei 98 %. Wer nicht zu den 93 Firmengründern gehöre, erfahre eine Umschulung. Bis auf 5 Ausnahmen existierten die 93 gegründeten Firmen noch heute. Corts sagte, dass „die Existenzgründungs- und Investitionsförderung in Hessen durch die CDU-geführte Landesregierung auf neue Füße gestellt worden ist“.

Es gehöre zum Erfolg der



Udo Corts und Boris Rhein besuchen Existenzgründer

neuen hessischen Standortpolitik, dass neue, innovative Unternehmen und Geschäftsideen frühzeitig gefördert würden. Mit der Schaffung der Investitionsbank Hessen sei ein effektives und schlagkräftiges Institut errichtet worden, mit dem die Förderpolitik des Landes komplett neu geordnet und gebündelt worden sei. „Die Innovationskraft kleinerer und mittlerer Betriebe in Hessen und von Existenzgründern ist dadurch gestärkt und gefördert worden“, sagte Rhein. Im Rahmen des Hessischen Existenzgründungsprogramms können nach Angaben der beiden Politiker Existenzgründer mit zinsgünstigen Krediten bis zu Kreditbeträgen von 125.000 Euro unterstützt werden. Darüber hinaus würden die Existenzgründungshilfen des Landes Hessen durch die Übernahme von Bürgschaften durch die Bürgschaftsbank Hessen GmbH mit Rückbürgschaften des Landes bis maximal 80 % der Kreditsumme ergänzt. Landesbürgschaften seien darüber hinaus möglich, wenn der Betrag von 750.000 Euro

überschritten werde. Mit der erst kürzlich erfolgten Errichtung des Frankfurter Innovationszentrums Biotechnologie würden Unternehmensgründungen im Bereich der Biotechnologie gefördert und unterstützt. Die jährlich vom Land Hessen und Aventis-Pharma getragene Gründerinitiative „Science 4 Live“ registrierte nach Aussagen von Corts und Rhein einen deutlichen Zuwachs. Die Gründerinitiative „Science 4 Live“ und ihr Leitprojekt, der Business-Plan-Wettbewerb „Hessen Venturecup“ seien nunmehr in die vierte Runde gegangen und stellten damit bundesweit den etablierten Gründerwettbewerb in den Zukunftstechnologien Life Science, Biotechnologie und Chemie dar. Seit 1998 hätten in drei Wettbewerbsrunden mehr als 750 Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet mit mehr als 200 Geschäftsideen am Business-Plan-Wettbewerb teilgenommen. Schon nach den ersten beiden Runden hätten 45 neu



gegründete Unternehmen rund 340 hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen, sagten Corts und Rhein. Weitere Gründungen seien zwischenzeitlich erfolgt. Die Politiker kündigten an, dass sie sich dafür einsetzen würden, vor allem für den Mittelstand bessere Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen und die Investitionsbank Hessen als Förderinstitut konsequent weiter auszubauen.

## Landesbeauftragter Rudolf Friedrich zieht eine positive Bilanz: „Heimatvertriebene und Aussiedler sind eine gesellschaftlich relevante Gruppe“



Das Bundesland Hessen hat seit 1945 rund 1,8 Mio. Heimatvertriebene und Spätaussiedler aufgenommen. Das heißt, 30 Prozent der hessischen Bevölkerung gehören dem Personenkreis der Heimatvertriebenen und Aussiedler an. In den letzten Jahren sind 250.000 Aussiedler/Spätaussiedler nach Hessen gekommen, darunter befinden sich 160.000 Russlanddeutsche. Diese Zahlen verdeutlichen, dass Hessen eine besondere Verpflichtung gegenüber den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern zu erfüllen hat. Diese Zahlen drücken auch aus, dass Hessen eine lange und gute Tradition bei der Ein-

gliederung hat. Diesem Anspruch wurde die neue Landesregierung unter Ministerpräsident Roland Koch gerecht. Schon in seiner ersten Regierungserklärung hat Ministerpräsident Koch auf diesen Personenkreis Bezug genommen und in Folge dieser Regierungserklärung auch einen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler berufen.

Für das Jahr 2003 sind für die Förderung des Bundes der Vertriebenen, der Landsmannschaften und der ostdeutschen Kulturarbeit 655.600 € vorgesehen. Die Förderung ist im Vergleich zur früheren Landesregierung nahezu verdreifacht worden. Die Arbeit der Landsmannschaften wird endlich auch politisch anerkannt und ideell gefördert. Neben den bestehenden Landespatenschaften für die Landsmannschaft Weichsel-Warthe, die Deutsch-Baltische Landsmannschaft und die Landsmannschaft der Wolgadeutschen wurden ab dem Jahr 2001 auch wieder die rund 40 kommunalen Patenschaften durch das Land Hessen gefördert.

Der ostkundliche Schülerwettbewerb, durchgeführt durch die Hessische Landeszentrale für politische Bildung, wurde mit neuem Inhalt um die osteuropäischen Fragen erweitert. Die Dauerausstellung Vertreibung und Eingliederung im Hespark wird überarbeitet und in aktualisierter Form im Frühjahr 2003 eröffnet. Damit wird das Thema „Vertreibung“ für die Besucher und insbesondere für die Schülerinnen und Schüler anschaulich dargestellt. Dies sind nur einige der Schwerpunkte, die die Förderung durch die neue Landesregierung herausstellen.

Neben der materiellen ist gerade die ideelle Förderung von großer Bedeutung. Es ist deutlich mehr als ein Zeichen der Anerkennung, dass Heimatvertriebene in Hessen erstmals einen Sitz im Rundfunkrat des Hessischen Rund-

funks und auch per Gesetz wieder Sitz und Stimme in der Landesversammlung für den privaten Rundfunk erhalten haben.

Von großer Bedeutung ist aber auch, dass das Thema Vertreibung in den Lehrplänen an den hessischen Schulen berücksichtigt wird. Dazu sind mehrere Gespräche mit der Kultusministerin geführt worden und der Ministerpräsident selbst hat sich für die Berücksichtigung dieser Themen in den Lehrplänen eingesetzt. In Zukunft werden diese Themen in den Lehrplänen berücksichtigt.

Dass auch auf parlamentarischer Ebene die Anliegen der Heimatvertriebenen Beachtung finden, ist dadurch sichergestellt, dass es in Hessen als einzigem Land in der Bundesrepublik Deutschland noch einen Landtagsausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung gibt. Der Parlamentsausschuss wird seit 1999 vom Abgeordneten Rudolf Haselbach geleitet.

Für die Hessische Landesregierung sind Heimatvertriebene und Spätaussiedler wieder eine gesellschaftlich relevante Gruppe. Den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern gilt daher auch weiterhin ein besonderes Augenmerk dieser Landesregierung.

Verhalten keinerlei Verständnis aufbringen.“

## Boris Rhein: Polizeiverordnung erneuern!

Frankfurt am Main, 11.12.2002 - Der Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete Boris Rhein hat den Vorstoß von Sicherheitsdezernent Edwin Schwarz, die Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Frankfurt am Main zu reformieren, als wichtigen Schritt zur rechten Zeit bezeichnet.

Das Aufjaulen bei SPD und Grünen bewiese die Notwendigkeit des Vorhabens. Er warnte die Koalitionspartner der CDU im Römer, das Vor-

haben scheitern zu lassen. Rhein: „Insbesondere die SPD muss sich gut überlegen, ob sie Anwalt der Bürger oder ob sie Anwalt der Störer und Krawallmacher in der Stadt sein will!“ Sollte sich die SPD verweigern, so Rhein, werde die Union keine Gelegenheit auslassen, deutlich zu machen, dass den Frankfurter Sozialdemokraten die Sicherheit der Frankfurterinnen und Frankfurter gleichgültig sei.

Der Landtagsabgeordnete betonte, dass er die Verschärfung der Gefahrenabwehrverordnung begrüße, weil dies eine wertvolle Ergänzung und Flankierung der neuen hessischen Sicherheitsarchitektur im Bereich der öffentlichen Ordnung, für die die Kommune zuständig sei, darstelle.

Als sachfremd und offensichtlich fadenscheinig bezeichnete der CDU-Politiker die Kritik von Grünen und SPD im Römer.

Es gehe keineswegs darum, Obdachlose zu vertreiben oder den Anblick von Armut zu übertünchen. Vielmehr sei es das Ziel einer neuen Verordnung, dafür Sorge zu tragen, dass eine kleine Minderheit durch ihr Verhalten daran gehindert werde, die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Frankfurt zu belästigen oder zu gefährden.



Die Politik habe die Verpflichtung, so Rhein, dafür zu sorgen, dass Passanten, Anwohner und Geschäftsleute nicht durch herumrollende Krawallmacher und aggressi-

ves Betteln gestört würden. Insbesondere sei es richtig, den Sicherheitskräften des Ordnungsamtes zu ermöglichen, auch auf privaten Flächen, auf denen öffentlicher Verkehr stattfindet, gegen Belästigungen einzuschreiten.

Der Christdemokrat wies darauf hin, dass er aus vielen Gesprächen, Briefen und Anrufen, die ihn erreichten, wisse, dass Stadtrat Schwarz für seinen Vorstoß eine übergroße Mehrheit und Unterstützung in der Bevölkerung habe.

Rhein: „SPD und Grüne sollten ihre Obstruktionspolitik beenden und die Bemühungen von Stadtrat Schwarz für mehr öffentliche Ordnung in Frankfurt unterstützen. Wenn Rot-Grün sich gegen eine Verbesserung der Sicherheitslage stark macht, dann negieren Sie ein wichtiges Bürgerrecht einer übergroßen Mehrheit. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt werden für ein solches Verhalten keinerlei Verständnis aufbringen.“

## Gudrun Osterburg: Kreisvorstand steht hinter Spar-konzept der Fraktion



Frankfurt am Main, 19.11.2002 - „Die Vorschläge der CDU-Fraktion sind deutlich substantieller als die der SPD-Fraktion und werden vom Kreisvorstand nachhaltig unterstützt“, kommentierte der CDU-Kreisgeschäftsfüh-

rer, Thomas Fedta, das Ergebnis der Sitzung des Kreisvorstandes am 18. November. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Uwe Becker, hatte die „Meilensteine der CDU-Fraktion“ vorgetragen. Die stellvertretende Kreisvorsitzende, Gudrun Osterburg, lobte am Rande der Sitzung die konzeptionellen Vorschläge der Fraktion: „Hier ist wirklich der Name Programm: Die Zukunft Frankfurts sichern“. Es werde dazu einer vereinten Kraftanstrengung bedürfen, um den städtischen Haushalt dauerhaft zu konsolidieren. „Wir sind bereit, diesen schweren Weg mitzugehen und sind von seiner Richtigkeit überzeugt“, betonte die CDU-Politikerin.

„Bei der SPD gibt es einige diskussionswürdige Ansätze, oft werden diese aber in wortreiche Hülsen verpackt, ohne in die Tiefen zu gehen“, stellte Osterburg fest. So seien die Einsparsummen, die sich aus einer effizienteren Arbeit der Verwaltung ergeben sollen, in ihrer veranschlagten Höhe nicht belegt. Gerade im Bereich Personal/zentrale Verwaltungsbereiche fehlen präzise Angaben. Die Empfehlung der SPD beschränkt sich auf die Auflistung von Gemeinplätzen.

„Das Konzept der CDU geht da inhaltlich weiter. Die Reduzierung der Ausschüsse ist ein richtiges Signal, die Verwaltungsabläufe effizienter zu gestalten“, entgegnete Osterburg den Kritikern, die eine Verringerung ablehnen. Die CDU werde sich „nicht an Posten klammern“. Weiter sagte Osterburg, dass es falsch sei, der „Profilierungssucht zu frönen“. Sparen finge in den eigenen Reihen an. Die Bündnispartner müssten jetzt zeigen, wie ernst es ihnen mit dem Sparen sei. „Sollten sich die anderen Partner diesem Schritt ohne Sachargumente dauerhaft verschließen, ist das ein Indiz für die mangelnde politische Glaubwürdigkeit“, kritisierte Osterburg.

Auch die CDU-Ansätze im Zuschussbereich werden von der Partei mitgetragen. In diesem Zusammenhang lobte die stellvertretende Kreisvorsitzende die Forderung der Fraktion, die Zuschüsse beim Frankfurt-Pass zu kürzen bzw. die Nutzer des Passes stärker zu beteiligen. „Um die Konsolidierung dauerhaft zu erreichen, muss bei den freiwilligen Leistungen gespart werden“, verwies Osterburg auf die Tatsache, dass viele Leistungen der Kommunen durch die Gesetzgebung der rot-grünen Bundesregierung verpflichtend vorgegeben sind.

Osterburg hofft, dass es in Übereinstimmung mit den Partnern im Viererbündnis gelingen werde, das Schiff Stadt Frankfurt wieder flott zu bekommen. „Wir müssen jetzt das Leck so reparieren, dass wir zukünftig keinen Wassereinbruch mehr haben werden“, forderte Osterburg. Was allerdings das stürmische Wetter aus Berlin angehe, zeigte sich die CDU-Politikerin sehr skeptisch.

## Alfons Gerling: Strafvollzug ist in Hessen in sicheren Händen CDU-Fraktion in der Haushaltsdebatte



Wiesbaden, 20.11.2002 - „Der Strafvollzug in Hessen konnte in den vergangenen vier Jahren vom Gänseblümchenvollzug zum konsequenten Strafvollzug gewan-

delt werden“, erklärte der justizvollzugspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Alfons Gerling, in der Haushaltsdebatte Justiz.

„Die CDU/FDP-geführte Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen stehen für einen Strafvollzug, den die Menschen in Hessen über viele Jahre rot-grüner Unsicherheitspolitik vermisst haben. An erster Stelle steht wieder die Sicherheit im Strafvollzug. Die Fälle der Missbräuche konnten gegenüber 1998 um 95% zurückgeführt werden, die Zahl der Entweichungen im Vergleich zu 1996 um fast 90%. Die unerträgliche Überbelegungssituation im geschlossenen Vollzug ist durch die Schaffung von 441 neuen Haftplätzen von 25% auf 14% gesunken. Noch in diesem Jahre werden 171 weitere Haftplätze in Frankfurt geschaffen und mit dem Neubau der teilprivatisierten JVA in Hünfeld weitere 502 Plätze zur Verfügung gestellt. So schnell und so wirtschaftlich sind in Hessen noch niemals neue Haftplätze geschaffen worden.“

Mit der zentralen Einweisungsabteilung als wesentlichen Bestandteil des einheitlichen Strafvollzugskonzeptes der Landesregierung wurde der Zufallsvollzug in eine intelligente Strafvollzugskonzeption überführt. Auch die Arbeitsbedingungen der Justizvollzugsbediensteten sind seit dem Regierungswechsel nachhaltig verbessert worden. Fast 700 Beförderungen und 55 neue Stellen hat es lange nicht gegeben. Diese Erfolgsgleichung des Versprochen-Gehalten wird mit dem Haushalt 2003 fortgesetzt. Als wesentliche Bestandteile umfasst er die zur Verfügungsstellung von Mitteln für die Besoldung und Ausbildung der für die neue Justizvollzugsanstalt in Hünfeld benötigten Bediensteten. Er sichert die Finanzierung der Resozialisierung mit den sie tragenden Elementen Ausbildung, Fortbildung,

Therapie und Einteilung in eine der Schwere der Straftaten angemessene Sicherheitsstufe. Auch die Weiterführung des landesweiten Ausbaus der elektronischen Fußfessel in Hessen erfährt im Haushalt 2003 seine Absicherung. Im Bereich der Bewährungshilfe konnten die von Rot-Grün abgebauten Stellen kompensiert werden.

Die neue Vollzugspolitik der Landesregierung hat dem Gesichtspunkt der Sicherheit der Bevölkerung das vom Gesetzgeber vorgesehene Gewicht beigemessen. Hessen ist sicherer, da Missbrauchszahlen bei Vollzugslockerungen und Urlaub auf einen historischen Tiefstand zurückgeführt worden sind, der ebenso bei den Entweichungen erreicht wurde."

### Udo Corts: CDU gegen Wiedereinführung der Vermögenssteuer



Frankfurt am Main, 02.12.2002 - SPD vertreibt mit der Vermögenssteuer Unternehmer aus dem Land!

Udo Corts, Kreisvorsitzender der Frankfurter CDU, hält nichts von der Wiedereinführung der Vermögenssteuer. „Spitzenverdiener dürfen nach einem Urteil des Verfassungsgerichts aufgrund der hohen Belastung durch die Einkommensteuer nicht noch weiter belastet werden. Die Steuer würde folglich vorwiegend die mittleren Einkommen treffen“, sagte der CDU-Politiker. Die Steuer habe eine Wirkung, die in erster

Linie auf die Substanz von Vermögen abziele und müsse aus laufenden Einnahmen finanziert werden. Corts reagierte damit auf Äußerungen des Frankfurter SPD-Vorsitzenden Franz Frey, der Presseberichten zufolge die Vermögenssteuer als Signal für mehr soziale Gerechtigkeit bezeichnet hatte.

Corts sprach sich dafür aus, die Gesetzgebungskompetenzen von Bund und Ländern im Bereich der Steuern zu entflechten. Dann könnte z.B. Nordrhein-Westfalen eine solche Steuer in eigener Verantwortung erheben, argumentierte er weiter: „Wenn die Sozialisten in Nordrhein-Westfalen durch die Einführung dieser Neid- und Anti-Mittelstandssteuer unbedingt die Unternehmer aus ihrem Land hinausjagen wollen - bitte schön! Wir in Hessen nehmen sie dankbar auf“.

Der CDU-Politiker erinnerte weiter daran, dass im Zusammenhang mit der Abschaffung der Vermögenssteuer die Erbschaftssteuer und die Grunderwerbsteuer erhöht worden sei. Unter dem Strich hätten die Länder durch diese Steuern erhebliche Mehreinnahmen erzielt. „Man will jetzt ein zweites Mal abkassieren“, warf Corts den Sozialdemokraten vor.

Hintergrund: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat mit einem Urteil von 1995 entscheidend zur Abschaffung der Vermögenssteuer beigetragen. Das Gericht erklärte das alte Vermögenssteuergesetz für verfassungswidrig. Ein Grund war, dass etwa für Bundesschatzbriefe im Wert von einer Million DM viel mehr Steuern gezahlt werden mussten als für ein Zweifamilienhaus mit einem Verkaufswert von einer Million. Das verstoße gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung, urteilte damals der Zweite Senat einstimmig.

### Udo Corts: SPD setzt auf bewährte CDU-Wahlkampfstrategie

Frankfurt am Main, 06.12.2002 - Eindeutig eine Kopie des CDU-Wahlkampf-Mottos von 1999“, fasste der Kreisvorsitzende der Frankfurter CDU, Udo Corts, die Vorstellung der Frankfurter SPD-Landtagskandidaten zusammen: „Die SPD-Wahlkampfstrategen haben sich ja gar nichts Neues einfallen lassen. Ein erneuter Beweis für die fehlende Kreativität der SPD“. Das Wahlkampf motto der CDU habe bereits bei der Landtagswahl 1999 „sechs Richtige für Wiesbaden“ gelautet. Damals hatte Corts bei der Vorstellung der CDU-Kandidaten gesagt: „Ob's sechs Richtige waren, wissen wir am 7. Februar 1999“. Es waren die sechs Richtigen: alle Frankfurter CDU-Kandidaten wurden in den Hessischen Landtag gewählt; fünf davon direkt. Für die Frankfurter Wählerinnen und Wähler waren jedenfalls die damaligen SPD-Kandidaten – mit einer Ausnahme – nicht die „sechs Richtigen“. Corts ist sich sicher, dass auch die aktuellen SPD-Kandidaten bei der kommenden Landtagswahl am 2. Februar ebenfalls nicht die „sechs Richtigen“ sein werden: „Wir werden diesmal alle Direktmandate holen“. Die Wahl sei eine Abstimmung über das, was die CDU für Hessen getan habe und was sie noch tun wolle. Gleichzeitig sei die Wahl in Hessen aber auch die Chance zur Abstimmung über das Desaster von Rot-Grün in Berlin. Drastische Beitrags-, Abgaben- und Steuererhöhungen seien die falsche Politik für unser Land. „Die Wähler wurden vorsätzlich getäuscht. Durch diesen unglaublichen SPD-Wahlbetrug wird es eine Denkmahl-Wahl geben“, ist sich Corts sicher. Da werde es der SPD nicht helfen, Hilfe suchend auf das erfolgreiche und bewährte Wahlkampf motto der CDU aus dem Jahr 1999 zurückzugreifen. „Im-

merhin ist die Frankfurter SPD bei ihrem Wahlkampflogan auf dem Stand von 1999 angelangt; die Bundes SPD dagegen ist bei ihrer derzeitigen dilettantischen Politik nur noch rückwärts gewandt“, sagte der CDU-Politiker.

### Thomas Fedas: Verbaler Missgriff der SPD



Frankfurt am Main, 05.12.2002 - Als schlimmen verbalen Missgriff bezeichnet der Kreisgeschäftsführer der Frankfurter CDU, Thomas Fedas, die jüngsten Äußerungen des SPD-Landtagsabgeordneten Michael Paris. Dieser hatte bei der SPD-Presskonferenz der Landtagskandidaten von einer angestrebten „Beseitigung Kochs“ bei der Landtagswahl gesprochen. Bei einem Abgeordneten, der sich berufsmäßig für Kinder einsetze und sich vor allem im Wahlkampf gerne mit ihnen „schmücke“, sei diese verbale Entgleisung besonders bedenklich. Die Diktion passe allerdings zur aktuellen Wortwahl der Sozialdemokraten in Berlin. So habe der SPD-Generalsekretär Scholz zum Beispiel kürzlich von der „Lufthoheit über Kinderbetten“ gesprochen. Der Frankfurter SPD-Vorsitzende Franz Frey wäre gut beraten, diese zynischen und unqualifizierten Äußerungen von Paris rechtzeitig zu Beginn des Wahlkampfes zu stoppen. „Das ist kein normales Wahlkampfgetöse. Es ist auch keine adäquate Wortwahl für eine demokratische Partei mit einer großen Tradition“, sagte Fedas.

## Das Leben neben der Partei: Claudia Eiling



„Laufen beruhigt“

„Irgendwann wollte ich nicht nur den Läufern zusehen, sondern selbst mitmachen“, die CDU-Frau Claudia Eiling hat inzwischen insgesamt viermal am Frankfurt Marathon teilgenommen. Ihre Bestzeit von 4:23 h hat sie in diesem Jahr nicht erreicht. „Dafür waren die Wetterverhältnisse einfach zu

schlecht“, sagte Eiling. Im nächsten Jahr will sie allerdings eine neue Bestzeit laufen.

Seit 10 Jahren ist die CDU-Vorsitzende Oberrad Mitglied im dortigen Lauffreize. Zuerst habe sie nur den Gedanken gehabt, Stress abzubauen. Doch dann erwachte der Ehrgeiz in ihr und

sie begann die Laufstrecken auszudehnen. „Es kommt nicht auf die Geschwindigkeit an, sondern auf die Ausdauer“, findet die 32-jährige. Irgendwann hat sie sich dann vorgenommen, über die klassische Strecke von 42,195 km anzutreten. Das Training wurde auf 4 x pro Woche ausgedehnt und ein Trainingsplan über 12 Wochen erstellt. Dabei hat sich auch ihr Essverhalten verändert. „Man isst gesünder und bewusster“. Da passt dann trotzdem auch der Genuss des selbstgekelterten Apfelweins hinein, für den die gebürtige Frankfurterin nach wie vor eine kleine Schwäche hat.

Das Training richtete sich natürlich auch nach dem beruflichen Alltag. Nach der Ausbildung zur Diplomverwaltungswirtin studierte sie Jura an der Frankfurter Goethe-Universität. Die Volljuristin, 2. Staatsexamen 2001, ist als Magistratsrätin z.A. bei der Stadt Frankfurt am Main beschäftigt und dort stark eingespannt. „Da bleibt dann oft nur spätabends Zeit zu trainieren, was im Winter bei der früh einbrechenden Dunkelheit schwierig ist“.

Für ihr früheres Hobby, sie spielte Bassgitarre in einer Rock'n-Roll-Band, hat sie inzwischen keine Zeit mehr. Auch auf die Frage, was nach dem Marathon-Lauf kommen wird, hat sie schon eine Antwort parat: der 100-km-Lauf von Biel in der Schweiz. Hoffen wir, dass dieser Lauf für sie eine genauso große stressabbauende Wirkung hat wie die Läufe im Frankfurter Stadtwald.

### CDU Senioren aus Frankfurt am Main zu Besuch bei den Stuttgarter Parteifreunden.

Lange geplant, einige male ändern müssen und dann hat doch alles geklappt. So kann man den Besuch der Frankfurter Senioren in Stuttgart bezeichnen. Stadtrat List und stellvertr. Vorstand der Senioren Stuttgart, Joachim Hess, hatten gemeinschaftlich das Programm erarbeitet und die Besucher begleitet. Bereits um 10.00 Uhr wurde die fünfzig Leute starke Gruppe von Bürgermeisterin Iris Magdowski im großen Rathaussaal begrüßt und kurz mit den Stuttgarter Verhältnissen vertraut gemacht. Der stellvertr. Vorstand der Frankfurter SU, Herr Norbert Gelhardt, bedankte sich herzlich für den freundlichen Empfang bevor es dann weiter zum Stuttgarter Volksfest ging wo man zu Göckele und Bier beim Festwirt Weber eingeladen war. Nach einer Stadtrundfahrt gab es um 16.30 Uhr den Ausklang in der Besenwirtschaft des Weinmuseum in Stuttgart-Uhlbach. Auch die Weinprobe mit Brot und Brezeln gefiel sehr und rundum zufrieden traten die Besucher ihre Heimreise an.

Die gesamte Reisegruppe der Senioren Union Frankfurt auf den Stufen der Rasthaustreppe von Stuttgart.



# Roland Koch beim Wort genommen: Ein Interview-Buch mit dem hessischen Ministerpräsidenten

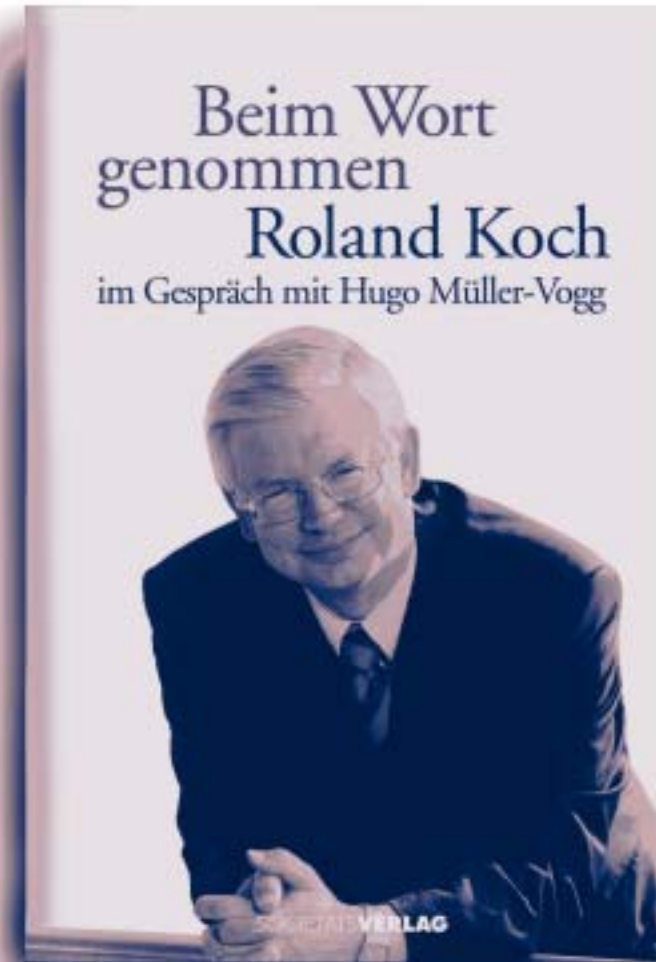
Helmut Kohl, das ist der Politiker, von dem Roland Koch am meisten gelernt hat. Und Joschka Fischer hat er nach eigenem Eingeständnis viel zu verdanken. Schließlich war Koch als junger Landtagsabgeordneter und umweltpolitischer Sprecher der Gegenspieler des Grünen-Ministers - und wurde so von der eigenen Partei wie von den Medien mehr beachtet als andere junge Abgeordnete. So kann der hessische Ministerpräsident amüsiert zurück blicken: „Ich habe von Joschka Fischer profitiert“.

Dies bekennt Koch in seinem bisher längsten Interview - zu zahlreichen Aspekten der Innen- und Außenpolitik, zur Politik in Hessen, zum Zustand der CDU - aber auch zu seinem Werdegang wie zu seinen Werten. Das Ergebnis dieser stundenlangen Gespräche ist das Buch: „Beim Wort genommen - Roland Koch im Gespräch mit Hugo Müller-Vogg.“ Es erschien

Anfang Dezember im Frankfurter Societäts-Verlag.

Acht Mal hat der hessische Ministerpräsident dem Journalisten Dr. Hugo Müller-Vogg Rede und Antwort gestanden. Die Wiedergabe des Gesprächs im Wortlaut zeigt den authentischen Roland Koch, ohne interpretierende, lobende oder kritische Zugaben eines Dritten. So kann sich der Leser selber ein Bild machen vom jüngsten Ministerpräsidenten in der Geschichte Hessens, von seinem steilen Aufstieg und seinem Beinahe-Absturz in der Spenden-Affäre der CDU.

Der Journalist Müller-Vogg, von 1988 bis 2001 Mitherausgeber der F.A.Z. und jetzt Kolumnist für „Welt am Sonntag“ und „BILD“, hat seit der ersten Wahl Kochs zum Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion im November 1990 dessen Aufstieg genau beobachtet, mit ihm unzählige Interviews geführt. Über sein bisher längstes Gespräch schreibt Müller-



Vogg im Vorwort des Buches: „Mit Roland Koch über Politik zu sprechen, ist anregend und spannend zugleich. Anregend, weil man mit ihm über eine breite Themenpalette diskutieren kann, von Einzelheiten der amerikanischen Verfassungswirklichkeit bis hin zu den medizinischen und ethischen Implikationen der Gentechnologie. Und spannend, weil viele Antworten selbst den überraschen, der glaubt, den Politiker Koch einigermaßen zu kennen“.

Die Antworten sind - wie bei allen Wortlaut-Interviews üblich - vom Interviewten nachträglich redigiert worden. Kein Politiker verzichtet

*Im Gespräch: Ministerpräsident Roland Koch zusammen mit dem Kolumnisten Dr. Hugo Müller-Vogg am 09. Dezember im Frankfurter Presseclub bei der Vorstellung seines neuen Buches.*

darauf, vor der Veröffentlichung sprachliche, auch inhaltliche Korrekturen vorzunehmen. Das ist die geltende Geschäftsgrundlage im deutschen Journalismus. Dazu Müller-Vogg: „Hätte Roland Koch darauf verzichtet, wäre im übrigen auch kein anderes Buch entstanden. Denn an keiner Stelle bekommt der Leser etwas fundamental anderes vorgesetzt, als ins Mikrofon gesprochen worden ist. Einige Klarstellungen, ein paar Zusatzinformationen - das war's auch schon. Roland Koch ist zu diszipliniert, um einfach drauflos zu plaudern - und hinterher alles wieder zurückzunehmen“.

„Beim Wort genommen“ ist ein einzigartiges Dokument über den Werdegang und die Grundsätze eines der wichtigsten Politiker der CDU. Und zugleich eine ideale Argumentationshilfe für alle Mitglieder der CDU.



# Die CDU-Fraktion informiert:

Dezember 2002  
Ausgabe 38

## Markus Frank: „Infraserv vorbildlich bei der Gefahrenabwehr“

### CDU-Arbeitskreis Umwelt zu Gast bei Infraserv im Industriepark Höchst

„Hier wird das Optimum für die Sicherheit getan“, fasste Markus Frank, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion den Besuch bei der Firma Infraserv am 18. November zusammen. Im Hinblick auf die Gesamtentwicklung im Industriepark sei der Sicherheitsaspekt sehr wichtig. „Es ist gerade für uns als Mitglieder des Umweltausschusses gut zu wissen,

dass Infraserv stellvertretend für die Firmen im Industriepark Höchst alles tut, um für die Umwelt und die Bürger in der Nachbarschaft des Industrieparks, aber natürlich auch für die 22 000 Mitarbeiter in den Betrieben ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewährleisten.“

Markus Bauch, Leiter der Werkfeuerwehr Infraserv Höchst, und Thomas Krüger,

Infraserv Höchst mit Sitz in Frankfurt am Main ist ein führender Dienstleister und ganzheitlicher Standortbetreiber für die Chemie- und Pharmaindustrie. Infraserv versorgt Unternehmen der Prozessindustrie mit Produkten und Dienstleistungen in den Bereichen Energie, Logistik, Facility Management, Umweltschutz, Sicherheit und Entsorgung, mit Technischen Services, Einkaufsleistungen sowie Qualifikation, Training und Unternehmensberatung. Das Unternehmen beschäftigt 4.000 Mitarbeiter und erzielte 2001 einen Umsatz von 876 Millionen Euro.

Der Industriepark Höchst in Frankfurt am Main ist Standort für über 70 Unternehmen aus den Bereichen Pharma, Biotechnologie, Basis- und Spezialitäten-Chemie, Pflanzenschutz, Lebensmittelzusatzstoffe und Dienstleistungen. Rund 21.000 Menschen arbeiten täglich im Industriepark. Das Gelände ist 400 Hektar groß; 70 Hektar sind noch frei für Ansiedlungen. Die Unternehmen im Industriepark investierten insgesamt 2001 rund 450 Millionen, eine erneute Rekordsumme nach 350 Millionen im Jahr 2000.



Leiter der Meldezentrale, erläuterten dem CDU-Arbeitskreis die nach zweijähriger Planungszeit im Dezember letzten Jahres in Betrieb genommene Einrichtung. Rund zwei Millionen Euro hat Infraserv Höchst als Betreibergesellschaft des Industrieparks in die moderne Ausstattung der Meldezentrale investiert, um auf diese Weise maximale Sicher-

*Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Markus Frank, Landtagsabgeordneter Alfons Gerling und Stadtrat Peter Mensinger lassen sich bei Ihrem Besuch die 2 Millionen Euro teure Meldeanlage der Firma Infraserv erklären. Gastgeber sind der Leiter der Meldezentrale Thomas Krüger (ganz links) und der Leiter der Werkfeuerwehr Markus Bauch (ganz rechts).*

heitsvorkehrungen zu garantieren. Von fünf Multifunktions-Arbeitsplätzen aus können die mit modernster Kommunikations- und Einsatzleittechnik ausgestatteten Disponenten telefonische Notrufe oder Funksprüche entgegennehmen und gleichzeitig Meldesysteme wie Brandmeldeanlagen sowie Kameras überwachen. Situationsbezogen werden Feuerwehr, Rettungsdienst oder Standortsicherheit, aber auch die Polizei, die Berufsfeuerwehr und Rettungsdienste alarmiert.

„Diese Meldezentrale und das damit verbundene Sicherheitskonzept ist ein wichtiger Standortvorteil für den Industriepark. Dies wissen die hier ansässigen Firmen, aber auch Unternehmen, die ein geeignetes Gelände suchen, sicherlich zu schätzen“, meinte Frank. Auch die öffentliche Gefahrenabwehr profitiert vom Topzustand der Werkfeuerwehr. So leisten die Infraser-Einsatzkräfte Unterstützung beispielsweise bei Chemie-Transportunfällen in der Rhein-Main-Region, auch wenn keinerlei Zusammenhang zum Industriepark besteht.

### CDU-Fraktionsgeschäftsstelle bereits im 22. Jahrhundert angekommen

Fachleute schätzen, dass das zu verarbeitende Informationsvolumen jährlich um



25 Prozent zunimmt - sich bis zum Jahr 2010 also fast zehnfachen wird. Die Kapazitäten, Papierordner in großen Schränken zu sammeln, sind auf lange Sicht gesehen begrenzt. Zu verarbeiten ist diese ungeheure Datenmenge nur mit Hilfe ausgefeilter Kommunikations- und Informationstechniken im Büro.

Mit dem Einsatz dieser neuen Technologien steigt auch die gespeicherte Infor-

mationsmenge. Deshalb wird effizientes Ordnen und Finden von Dokumenten und Schriftgut immer wichtiger. Bislang war ein Papier auf ewig verschwunden, wenn es im falschen Ordner oder im falschen Schrank abgehettet wurde.

Deshalb hat die Fraktionsgeschäftsleitung sich zum Kauf des elektronischen Dokumentenmanagement- und Archivierungssoftware ELOprofessional entschlossen. Ganz gleich, ob Dokumente kopiert, weitergeleitet, gesucht oder einfach nur abgelegt werden soll: Mit ELOprofessional gelingt dies mühelos und blitzschnell. Damit gehören unübersichtliche Aktenberge und meterlange Regalwände weitgehend der Vergangenheit an. Der große Vorteil eines elektronischen Dokumentenmanagement- und Archivsystems liegt in der optimalen Strukturierung und Speicherung der Informationen.

„Daneben gewinnen wir etwas ganz Wichtiges dabei:

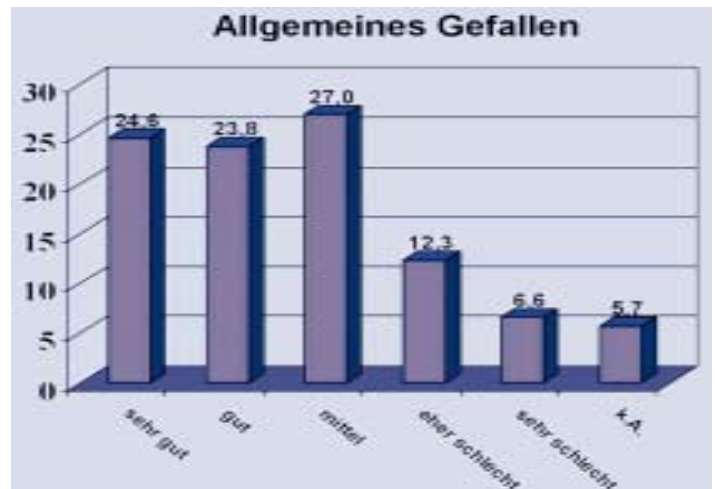
*Absprache: In einem Workshop werden Arbeitsabläufe der Geschäftsstelle definiert und mit dem elektronischen Dokumentenmanagementsystem abgestimmt, Projektleiter Alexander Zell und der externe IT-Spezialist Helmut Noeske.*

Zeit“, Projektleiter Alexander Zell ist von der Funktionalität des Systems überzeugt. Mit der Mobilfunktion sind die Informationen über den Laptop jederzeit und an jedem Ort verfügbar. Lange Suchen nach Dokumenten im Fraktionsarchiv entfallen ersatzlos. Im ersten Projektschritt werden alle interessanten Presseartikel elektronisch sortiert und abgelegt. Später soll dann neben dem Posteingang der gesamte Schriftverkehr über das Dokumentenmanagementsystem erledigt werden. „Mit ELOprofessional sind wir dem Traum vom papierlosen Büro ein gutes Stück näher gekommen“, schloss Zell.

## 122 x Danke!

Der Dank gilt den 122 Leserinnen und Lesern, die sich an der Befragung der Oktober Ausgabe beteiligt haben. Mit einem solchen Rücklauf hatten die beiden Redakteure CDU-Kreisgeschäftsführer Thomas Feda und Pressesprecher der CDU-Fraktion Alexander Zell nicht

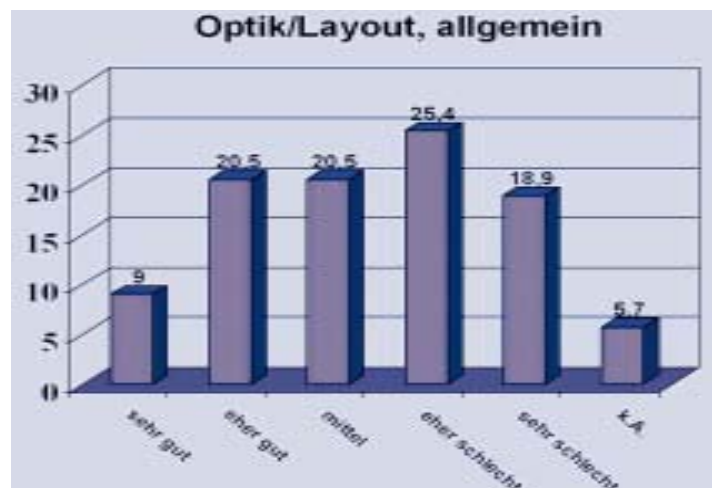
gerechnet. „Das zeigt uns, dass unser Magazin für die Leserinnen und Leser interessant ist“, sagte Feda. „Auch die ersten Untersuchungsergebnisse bestätigen diesen Eindruck“, verwies Zell auf die mehr als 48 Prozent (sehr gut oder gut) bei der Frage „Allgemeines Gefallen“ (s.



„Infografik 1: Wie gefällt Ihnen diese Frankfurt Magazin Ausgabe insgesamt?“



„Infografik 2: Haben Sie beim Frankfurt Magazin seitdem Sie das Magazin kennen Veränderungen festgestellt?“



„Infografik 3: Wie beurteilen Sie Optik / Layout insgesamt?“



Infografik1). Mehr als 50 Prozent fanden, dass sich das Magazin verbessert habe (s. Infografik 2). „Durchschnittlich lesen die Leser das Magazin mehr als 60 Minuten. Auch das ist ein sehr guter Wert“, sagte Zell. Jetzt gelte es auszuwerten, wo es noch Verbesserungen gebe. So könne z.B. die Optik und das Layout der Zeitschrift noch verbessert werden (s. Infografik 3). Auch hätten die Leser

„viele Vorschläge gemacht, die wir alle prüfen und versuchen umzusetzen“. Das alles brauche Zeit, wie Feda hinzufügte. „So kurzfristig lassen sich keine völlig neuen Konzepte aus dem Ärmel schütteln“. Es gelte Qualitätsverbesserungen und Kostenaspekte unter einen Hut zu bringen.

Auch externe Fachleute beteiligten sich an der Bewertung des Frankfurts Magazins. So zeigte der Experte des F.A.Z.-Instituts Dr. Klaus Viedebannt Stärken und Schwächen des Heftes auf und macht Vorschläge, wie das Magazin verbessert werden kann (s. Foto). In einer Design-Studie beurteilte außerdem Dietmar Suchalla die vorliegende Ausgabe. Suchalla zeichnete u.a. für die Gestaltung der Titelseiten von „Stern“ und „Der Spiegel“ verantwortlich.

„Wir sind sicher, dass wir nach der Landtagswahl ein Konzept erarbeiten werden, dass die Wünsche der Leserinnen und Leser berücksichtigt und hohen Qualitätsstandards entsprechen wird“, sagte Zell.

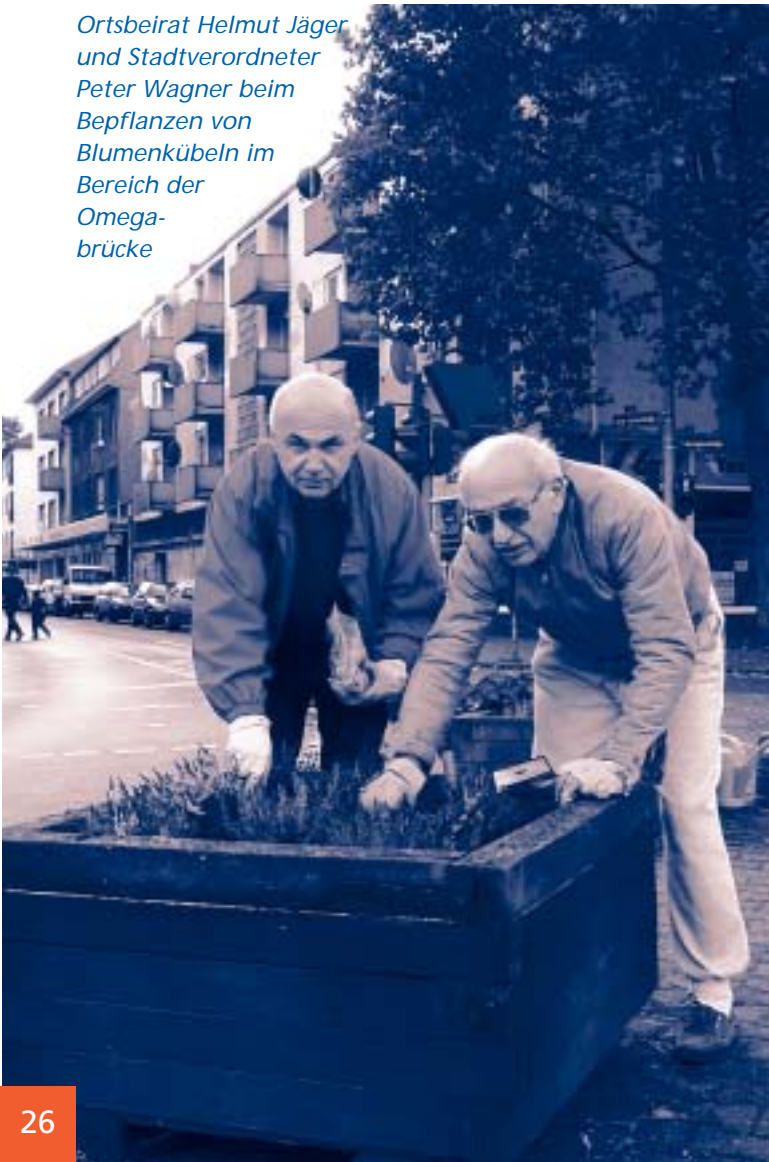
*Der Fragebogen, der in der Oktober-Ausgabe des Frankfurt Magazins beilag*

## CDU bepflanzt Blumenkübel in Griesheim

Die CDU Griesheim hat unter Führung ihres Vorsitzenden, Stadtverordneter Peter Wagner, die Blumenkübel, für die sie schon seit einigen Jahren die Patenschaft übernommen hat, neu bepflanzt und für die Herbst- und Winterzeit neu gestaltet.

Bei den Blumenkübeln handelt es sich um Überbleibsel der Bundesgartenschau, die 1989 in Frankfurt stattfand. Nach Ende dieser Veranstaltung sind diese Pflanzbehälter an Vereine, Verbände und sonstige Interessierte kostenlos abgegeben worden, wenn diese im Gegenzug eine Pflegepartnerschaft übernehmen. Die Griesheimer CDU hat aus diesem Programm mehrere Blumenkübel abgerufen, um so das Straßenbild des Stadtteils mit Grün und blühenden Blumen zu verschönern.

*Ortsbeirat Helmut Jäger und Stadtverordneter Peter Wagner beim Bepflanzen von Blumenkübeln im Bereich der Omega-Brücke*



## Pressearbeit der Fraktion

07.10.2002/114

**Helmut Heuser: „Wir brauchen einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr“**

**CDU-Fraktion will Zukunft des Verkehrs in Frankfurt anpacken**

„Wir wollen trotz angespannter finanzieller Lage eine fortschrittliche und an zukünftigen Bedürfnissen angepasste Verkehrspolitik“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Helmut Heuser. In diesem Zusammenhang begrüßte Heuser die positiven

Signale aus dem Hessischen Verkehrsministerium, das eine Bezuschussung mehrerer geplanter U-Bahn-Linien in Frankfurt in Erwägung zieht.

Die CDU-Fraktion sehe sich durch die Äußerungen des Ministeriums auch in der Erkenntnis bestätigt, Frankfurt habe in den vergangenen Jahren wegen fehlender Planungen mögliche Zuschüsse verfallen lassen. Deshalb sei es wichtig, so Heuser, „die U-Bahn-Verlängerung Linie D zum Riedberg baureif zu planen und für die sogenannte Europalinie Planungsrecht zu schaffen“. Selbst für eine U-Bahn unter der Hanauer Landstraße müssten die Planungen vorangetrieben werden, da das Land signalisiert habe, auch diese Linie unter bestimmten Bedingungen bis zu 90 % zu bezuschussen.

Die Gegenfinanzierung der Stadt soll laut Heuser aus der Stellplatzablöse

finanziert werden. „Wir sollten nicht so tun, als sei das unsere Portokasse, aus der man mal schnell drei U-Bahn-Linien bezahlt“, sagte Heuser. Er sei aber der Auffassung, dass die Mittel, die von Investoren für den Verzicht von Parkplätzen aufgebaut werden müssten, nicht besser als für einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr genutzt werden könnten.

Den ewigen „Nörglern und Bedenkenträgern“ will Heuser ins Stammbuch schreiben, „sie sollten sich einmal an den Wiederaufbau der Stadt nach dem zweiten Weltkrieg erinnern“. „Wenn unsere Väter

*Der verkehrspolitische Sprecher Helmut Heuser fühlt sich zwar im Cockpit des Ebbelwei-Express sichtlich wohl, hält dessen Einsatz als Ersatz für die U-Bahn-Verlängerung Linie D zum Riedberg allerdings nicht für sinnvoll.*



mit der Einstellung ans Werk gegangen wären, die wir heute leider zu oft vorfinden, hätte Frankfurt nie und nimmer einen so bedeutenden Klang unter den europäischen Metropolen erreichen können“.

08.10.2002/115

**Uwe Becker: Sofortmaßnahmen von Bund und Ländern sollen finanzielle Situation Frankfurts verbessern**

**CDU-Fraktion begrüßt Forderungen der deutschen Städte, Landkreise und Gemeinden**



„Wir brauchen neben einer Gemeindefinanzreform, die mittel- und langfristig wirkt, starke Sofort-Hilfen, damit wir überleben können“, verwies der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker auf die Forderungen der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände.

Anlässlich der zweiten Sitzung der Gemeindefinanzreform-Kommission hatten am 07. Oktober der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund Sofortmaßnahmen von Bund und Ländern gefordert.

Der Anteil von Bund und Ländern an der Gewerbesteuer müsse sofort gesenkt wer-

den. Auch müsse der Bund in die kommunale Infrastruktur, z.B. bei Schulen und Straßen, investieren. „Wir verlangen, dass die Kommission die Fehlentwicklungen bei Einnahmen und Ausgaben korrigiert“, sprach Becker die Tatsache an, dass sich die Einnahmen in Frankfurt aus der Gewerbesteuer im Jahr 2002 im Vergleich zu 2000 mehr als halbiert werden. „Die Gewerbesteuer ist nach wie vor die stärkste Säule im Finanz-Mix der Stadt Frankfurt“. Die für die Kommunen unverzichtbare Finanzautonomie erfordere auch künftig Gestaltungsmöglichkeiten durch uneingeschränkte Hebesatzrechte. „Wenn wir keinen vollen und unmittelbaren Ausgleich für unsere durch den Bund auferlegten Belastungen bekommen, ist es fraglich ob wir die übertragenen Aufgaben weiter bewältigen können“, sagte Becker.

Der CDU-Politiker forderte „stärkere Mitwirkungsrechte der Städte und Gemeinden im Gesetzgebungsverfahren“. Das Gemeindefinanzsystem sei gerade aufgrund dieser fehlenden Mitwirkungsrechte erkrankt. In diesem Zusammenhang betonte Becker noch einmal seine Zufriedenheit über die Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Hessischen Verfassung. „Die Bürgerinnen und Bürger in Hessen haben verstanden. Jetzt hoffe ich, dass auch die Kommission in Berlin versteht.“

17.10.2002/119

**Markus Frank: „Frankfurts Straßen müssen noch sauberer werden“**

**CDU-Fraktion beantragt „Reinigung aus einer Hand“**

„Das Reinigungskonzept, das wir bei oberirdischen Haltestellen der Verkehrsge-



sellschaft Frankfurt bereits erfolgreich anwenden, soll nun auch auf andere Frankfurter Verkehrsflächen ausgedehnt werden.“ Mit diesen Worten stellte der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion einen Antrag vor, der als Ziel hat, die Sauberkeit öffentlicher Straßen zu verbessern. „Es bringt nur Schwierigkeiten, wenn unterschiedliche Stellen für die Reinigung von Straßen und daran anschließender Flächen zuständig sind“, begründete Frank den Antrag. Viel besser sei es, die gesamte Reinigung in eine Hand zu geben. Die CDU schlage deswegen vor, das Straßenbegleitgrün zusammen mit den gepflasterten Bereichen in einer Zuständigkeit bei der FES zu bündeln.

Die CDU-Fraktion will dazu die Straßenreinigungssatzung so ändern, daß das Straßenbegleitgrün Bestandteil der Straßenreinigung wird. Schon heute werden aus den Straßenreinigungsgeldern ca. 600.000 EURO pro Jahr für die Reinigung dieser dem Straßenraum angehörenden Grünflächen bezahlt.

17.10.2002/120

**Alexandra Prinzessin von Hannover: „Rembrandt-Ausstellung im Städel kommt!“**

**CDU-Fraktion begrüßt persönli-**

## ches Engagement der Oberbürgermeisterin

„Schon zu Lebzeiten galt der holländische Künstler Rembrandt als ganz herausragender Maler. Insbesondere mit seiner Technik des Hell-Dunkel übte er großen Einfluss auf die italienische Malerei des 17. Jahrhundert aus“. Alexandra Prinzessin von Hannover, kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion ist begeistert: Im Februar kommenden Jahres eröffnet das Frankfurter Städel eine Ausstellung mit etwa fünfzig wichtigen Werken von Rembrandt van Rijn. Sie soll das Schaffen dieses Künstlers von seinem Frühwerk bis zur letzten Schaffensphase aufzeigen und wird von den Kuratoren im japanischen Kyoto und in Frankfurt gemeinsam organisiert.

„Dank der persönlichen Fürsprache der Oberbürgermeisterin ist es uns gelungen, die Finanzierung der Ausstellung sicherzustellen“, sagte von Hannover. Petra Roth hatte sowohl die Deutsche Postbank als auch die Deutsche Börse als Sponsoren gewinnen können. „Das kulturelle Engagement dieser Unternehmen zeige die große Identifizierung mit der Stadt und deren Bürgerinnen und Bürgern“, erinnerte von Hannover an das Stadtbild als Bürgerstadt. Dieser Tradition folgend bringe die Ausstellung der Stadt und der Region einen Zugewinn an Ansehen.



31.10.2002/125

## Nelson Jung: „Frankfurter werden beim Wohneigentum schlicht abgezockt“ CDU-Fraktion kritisiert Kürzung der Eigenheimzulage und stellt Anfrage an den Magistrat



„Jetzt werden wir hier in Frankfurt die Auswirkungen der katastrophalen Koalitionsvereinbarung in Berlin ausbaden müssen“, verweist der CDU-Stadtverordnete Nelson Jung auf die Ankündigung von Rot-Grün, die Eigenheimzulage zu kürzen. Demnach soll die Grundförderung bei der Eigenheimzulage in Höhe von maximal 2556 im Jahr für Neubauten und 1278 im Jahr für Altbauten gestrichen werden. „Das heißt, dass eine Familie mit zwei Kindern ca. 41 Prozent weniger bekommt“, sagte Jung. Bei einer Laufzeit von acht Jahren werde der Neubau nur noch mit 19.200 statt mit 32.700 gefördert.

„An der wichtigen Schnittstelle zwischen Familien-, Sozial- und Wirtschaftspolitik werden die Bürgerinnen und Bürger in Frankfurt schlichtweg abgezockt“. Jung warf damit der Bundesregierung Versagen vor und machte auf den Widerspruch zu der Frankfurter Sozialberichterstattung vor. „Im Frankfurter

Sozialbericht Teil V wird die Förderung von Wohneigentumsbildung als ein zentrales Instrument zur Verringerung sozialer Ungleichheit und sozialer Segregation genannt“, sagte Jung. Die Bildung von Wohnungseigentum sei eine unerlässliche Maßnahme zur Förderung von Familien. „Die Bundesregierung lässt die Familien damit links liegen, und das im wahrsten Sinne des Wortes.“ Auch die Eigentumsfeindlichkeit der SPD werde durch diese Entscheidung deutlich.

Die CDU-Fraktion will deshalb vom Magistrat wissen, wie viele Eigenheime den geplanten Kürzungen der Eigenheimzulage in Frankfurt voraussichtlich zum Opfer fallen werden. „Es ist zu befürchten, dass gerade die Stadt Frankfurt, die eine unterdurchschnittliche Wohnungseigentumsquote von nur ca. 13 Prozent aufweist, besonders unter der Verwirklichung des Kürzungsvorhabens leiden würde.“

05.11.2002/126

## Margrit Weißbach: Mobilfunkkataster kommt! CDU-Fraktion fordert den Bundesgesetzgeber auf, Rechtssicherheit zu schaffen



„Nachdem jetzt die datenschutzrechtlichen Fragen geklärt sind, können wir in Frankfurt ein Mobilfunkka-

taster einrichten“, so kommentierte die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Margrit Weißbach den gemeinsamen Antrag von CDU und den Grünen. Bürgerinnen und Bürger werden über genaue Standorte, Zahl der Antennen und Technik (GSM oder UMTS) umfassend informiert.

„Mit der Speicherung und Veröffentlichung der Standortverzeichnisse von Mobilfunkantennen kommen wir dem Bedürfnis nach Aufklärung nach“, sprach Weißbach die oft rein emotional geführte Diskussion über mögliche Gesundheitsgefährdungen des Mobilfunks an. Trotzdem dürfe aber geltendes Recht, insbesondere der Datenschutz nicht verletzt werden. „Noch Mitte April diesen Jahres sah der Hessische Datenschutzbeauftragte keine rechtliche Grundlage dafür, dass Kommunen Mobilfunkkataster erstellen und veröffentlichen.“ Damit bezog sich Weißbach auf Befürchtungen der Wiesbadener Behörde, der zufolge das Nennen personenbezogener Daten heikel sei, da es sich dabei um schutzwürdige Daten handele. „Erst Anfang Oktober hat der Hessische Datenschutzbeauftragte seine Meinung aktualisiert“. Um die Standorte von Anlagen zu veröffentlichen, die sich auf Privatbesitz befinden, sei die Einwilligung der jeweiligen Eigentümer vonnöten. „Deshalb konnten wir dem Antrag der Grünen zuerst nicht zustimmen, da diese eine Vorgehensweise wie im Main-Taunus-Kreis vorschlugen“, sagte Weißbach. Dort werde aber keine formgerechte Einwilligung eingeholt. Um diesen Missstand zu beheben, habe die CDU-Fraktion angeregt, die Einwilligung privater Grundstückseigentümer einzuholen. „Jetzt haben wir eine datenschutzrechtlich unbedenkliche Lösung gefunden“, freute sich Weißbach

über die konsensfähige Lösung eines Problems, „das alle Frankfurterinnen und Frankfurter berührt“.

Nach wie vor strittig ist die Frage von Zuständigkeiten. Mobilfunk unterfällt hinsichtlich der Strahlenbelastung dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Dieses sieht jedoch keine besonderen Kataster für Mobilfunkantennenanlagen vor. „Wir fordern deshalb den Bundesgesetzgeber auf, im Rahmen einer immissionsschutzrechtlichen Regelung über die Erstellung von Mobilfunkkatastern zu entscheiden“, sagte Weißbach. Bei der Novellierung sei insbesondere zu regeln, ob und unter welchen Bedingungen eine Veröffentlichung derartiger Kataster im Internet oder in vergleichbaren Medien zulässig ist. „Es kann nicht angehen, dass es bei diesem sensiblen Thema in den verschiedenen Bundesländern unterschiedliche Rechtsauffassungen gibt. Wir brauchen eine eindeutige Rechtsgrundlage“.

07.11.2002/128

## Uwe Becker: Städtische Anteile an der Frankfurter Siedlungsgesellschaft werden endlich verkauft! CDU-Fraktion gab Antrag in den Geschäftsgang der Stadtverordnetenversammlung

„Ausgaben zu reduzieren und Einnahmen zu erhöhen sind zwei Seiten einer Medaille“, bekräftigte der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker die Forderung seiner Fraktion, die städtischen Anteile an der Frankfurter Siedlungsgesellschaft zu verkaufen. „Seit Mitte des Jahres liegt der Stadt ein Angebot über 50 Millionen

EURO vor, das noch bis März nächsten Jahres aufrechterhalten wird“, bezog sich Becker auf die Offerte der Viterra Gewerbeimmobilien GmbH.

Bislang sei es noch nicht zu dem Verkauf der Anteile gekommen, da sich SPD und Grüne erbittert gegen die Einnahmen für die Stadt Frankfurt wehren. „Wenn man einen Zinssatz von nur ca. 4 Prozent auf die 50 Millionen EURO anlegt, dann ist der Stadt monatlich rund 165.000 EURO Zinsverlust entstanden“, rechnete Becker vor. Aufgrund der Blockadehaltung von SPD und Grünen werde seit Juli dieses Jahres auf das Geld verzichtet. „Die 50 Millionen würden Frankfurt und seinen Bürgerinnen und Bürgern ausgesprochen gut tun“, spielte Becker auf die schlechte Finanzsituation der Stadt an. Das Argument der Gegner eines Verkaufs seien „an den Haaren herbeigezogen, weil der Verkauf keinerlei Auswirkungen auf die Wohnraumversorgung hat“. Selbst das zuerst angeführte Argument, man würde eine Sperrminorität aufgeben, „wird inzwischen selbst bei SPD und Grünen als Quatsch betrachtet“. Auch der Bund habe inzwischen erkannt, dass ein Verkauf keine negativen Auswirkungen hat und habe sich deshalb seinerseits von den Anteilen getrennt. „Ein wohnungspolitischer Einfluss ist seitdem nicht mehr möglich, obwohl das SPD und Grüne nach wie vor den Bürgerinnen und Bürgern einzureden versuchten. Die dadurch geschürte Angst bei den Bewohnern ist „unverantwortlich und einer demokratischen Partei nicht angemessen“, sagte Becker. „Wenn wir innerhalb der Frist nicht verkaufen, werden wir kaum mehr die jetzt möglichen Einnahmen erzielen“, führte Becker aus.

„Mit dem Schlingerkurs

in der Argumentation zeigen SPD und Grüne wieder einmal deutlich, dass es hier nicht um die Sache, sondern um Ideologie geht. Im sogenannten Sparkonzept der SPD, das noch in den Kinderschuhen steckt, werde der FSG-Anteilverkauf mit keinem Wort erwähnt. Die CDU habe nun „Nägel mit Köpfen gemacht“ und werde in einem konstruktiven Dialog für den Verkauf und damit die Erhöhung der Einnahmensituation werben.

Inzwischen wurde im Römerbündnis ein Verkauf der Anteile beschlossen.

20.11.2002/135

## Uwe Becker: SPD und Grüne machen den Flughafen kaputt und vernichten dauerhaft Arbeitsplätze

„Die Sicherung des Standorts Frankfurt für den Luftverkehr der Zukunft muss Anliegen aller Fraktionen im Frankfurter Römer sein, die wirtschaftspolitische Verantwortung für unsere Stadt und deren Bürger tragen. Die Frankfurter SPD hat sich leider aus dieser Verantwortung endgültig verabschiedet“ erklärt der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Uwe Becker.

Das lasse für den Landtagswahlkampf Schlimmes befürchten.

„Die Behauptung, die Halle zur Wartung des 2007 auszuliefernden Großraumflugzeuges A 380 könne, wenn sie an der geplanten Stelle errichtet würde, den Bau einer Südbahn verhindern, wird auch durch ständige Wiederholung nicht richtig“, so Becker weiter. „Der SPD ist sehr wohl bekannt, dass der von ihr favorisierte Bau einer Südbahn, die im Übrigen viel mehr Menschen mit zusätzlichem Lärm als die Nord-Westbahnlösung belasten würde, in keiner Weise durch die Halle verhindert

oder beeinträchtigt würde.“ Die Südbahn sei raumunverträglich und deshalb nicht genehmigungsfähig.

Die erschreckende und rein parteipolitisch motivierte Ignoranz der Tatsachen mache deutlich, dass die SPD aus reinem Populismus und wahlkampfaktischen Gründen die Funktion des Frankfurter Flughafens als große Luftverkehrsdrehscheibe und als zentralen Wartungsstandort der Lufthansa in Frankfurt in Frage stelle. Dies führe unweigerlich zur Abwanderung wichtiger Funktionen des Frankfurter Airports mutmaßlich nach München und damit zur dauerhaften Vernichtung von hochwertigen Arbeitsplätzen in Frankfurt und der Region. Dazu zählen auch viele Arbeitsplätze im Cockpit und in den Kabinen. Sie entstünden nämlich ebenfalls immer dort, wo die Flotte stationiert ist.

Angesichts des Desasters, das die Bundesregierung in diesem Land angerichtet habe, sei die Haltung von Grünen und der Frankfurter SPD schon eine Unverfrorenheit. Immerhin habe man die Hoffnung gehegt, die Frankfurter Genossen hätten aus den Fehlern angesichts desaströser Umfragewerte gelernt. Leider sei diese Hoffnung zerstoßen.

„Wenn der Airbus A380 in München stationiert und gewartet wird, dann wird er auch dort eingesetzt“, zeigte sich Becker überzeugt. Dies schwäche den Knotenpunkt Frankfurt am Main nachhaltig.

Die SPD versuche im Übrigen den Einsatz und die Wartung eines Flugzeuges in Frankfurt zu verhindern, das die derzeit international geltenden gültigen Lärmwerte nach Annex 16, Kapitel 3 aber auch die ab 2006 geltenden noch strengeren Werte des Kapitels 4 und zukünftige strenge Abgasnormen deutlich unterschreite.

20.11.2002/137

## Hilde Krauß und Walter Seubert: Sozialdezernent Frey führt CDU-Antrag aus Modellprojekt für schwer verhalten-sauffällige, mobile Demenzkranke kommt



„Die Versorgungslücke für eine Zielgruppe, die lange Zeit zu wenig berücksichtigt wurde, wird nun geschlossen“, freut sich Hilde Krauß, sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. Die CDU hatte im September des letzten Jahres einen Antrag gestellt, der jetzt von Sozialdezernent Franz Frey umgesetzt wird. Dieser hatte in der letzten Plenarsitzung während der Fragestunde zugesichert, dass das Wiesenhüttenstift als Pflegeeinrichtung ein solches Modellprojekt nach dem Segregationsprinzip umsetzen wird, das sich intensiv an den Bedürfnisstrukturen der Er-



krankten orientiert. „Wir haben vorgeschlagen, dem Vorbild des Seniorenpflegeheims Polle in Niedersachsen zu folgen, bei dem ein gemeinsames Wohnen und Leben in einer spezifischen Lebenswelt möglich ist“, sagte Krauß.

„Dieses neue und erfolgversprechende Konzept wird jetzt auch in Frankfurt umgesetzt werden“, ergänzte der CDU-Stadtverordnete Walter Seubert. Er bestätigte dem Dezernenten eine „zeitnahe Umsetzung des CDU-Antrages“. Es hätten viele Faktoren berücksichtigt werden müssen, bis eine derartige Pflegeeinrichtung für verhalten-sauffällige, mobile Demenzkranke eingerichtet werden kann. „Gerade die Betreuung der Demenzkranken in einer Gruppe von bis zu 20 Personen in einer homogenen Wohngruppe stellt besondere Anforderungen an Pflegekräfte und an die Aufbau- sowie Ablauforganisation der Pflegeeinrichtung“, sagte Seubert.

Die CDU sei gespannt darauf, wie ihre Forderung umgesetzt werde, mit den Pflegekassen zu verhandeln. Ziel sei es, eine gesonderte Entgeltvereinbarung für die stationäre Dementenbetreuung abzuschließen. „Wir halten den Abschluss von speziellen Entgeltvereinbarungen für Demenzkranke für zwingend notwendig“, sagte Seubert im Hinblick auf die nur unzureichend bestehenden Entgeltregelungen.

## Demenz

bedeutet eine krankheitsbedingte, in der Regel chronisch verlaufende, globale Störung der höheren Hirnfunktionen. Daraus resultieren bei mittleren bis schweren Krankheitsbildern Störungen der Gedächtnisfunktionen, aufgrund derer sich die Betroffenen an unmittelbare Erlebnisse kaum mehr erinnern können, die Folge sind zeitliche und örtliche Desorientierungen sowie das Unmöglichwerden einer selbständigen Lebensführung. Von den in Deutschland lebenden 1,2 Millionen Demenzkranken sind ca. 850.000 Personen mittel bis schwer erkrankt, von denen wiederum ca. 350.000 in stationären Pflegeeinrichtungen leben.

26. November 2002

## Privatisierung des Strafvollzugs auf erfolgreichem Weg - Hoheitliche Tätigkeiten verbleiben in staatlicher Hand



„Die Entscheidung für eine Teilprivatisierung im hessischen Strafvollzug ist bereits jetzt ein voller Erfolg“, erklärte der hessische Justizminister Christean Wagner am Dienstagabend im Frankfurter Diakonissenhaus.

Eingeladen hatten der von der Stadtverordneten Hella Welker geleitete Evangelische Arbeitskreis der CDU Frankfurt und der Frankfurter Arbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen, der von dem Stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Sedlak, hauptberuflich Präsident des Wies-

badener Präsidiums für Technik, Logistik und Verwaltung der Polizei vertreten wurde. Die anschließende Diskussion leitete der Geschäftsführer beider Arbeitskreise Klaus Maier, Referatsleiter im Hessischen Ministerium der Justiz.

Zu Beginn seiner Rede führte Minister Wagner aus, dass aufgrund der katastrophalen Überlegung der hessischen Gefängnisse bei seinem Amtsantritt 1999 (zeitweise fehlten bis 1.200 Haftplätze im geschlossenen Vollzug) der Bau einer neuen Haftanstalt für 500 Gefangene notwendig geworden sei.

Aufgrund leidvoller Erfahrungen bei der Umsetzung derartiger Projekte in der Vergangenheit durch die öffentliche Hand sowie aufgrund der Erfahrungen im europäischen Ausland sei die Entscheidung für eine teilprivate Ausführung dieses Projektes gefallen.

Neben der Errichtung des Gebäudes sollen dabei in Hünfeld auch im späteren Betrieb das gesamte Gebäude-, Versorgungs-, Betreuungs- sowie Teile des Bewachungsmanagements durch eine private Firma erfolgen.

„Soweit jedoch Eingriffsbefugnisse gegenüber den Gefangenen wahrzunehmen sind, werden auch weiterhin ausschließlich staatliche Justizvollzugsbeamte eingesetzt,“ stellte der Minister klar. Dies betreffe etwa Aufnahme und Entlassung der Gefangenen, Disziplinarmaßnahmen, Brief- und Besuchskontrolle oder unmittelbarer Zwang. Gleiches gelte für die Gesamtorganisation der Dienstabläufe.

„Nach Erfahrungen in anderen Ländern (z.B. Frankreich) gehen wir davon aus, dass wir auf diese Weise Baukosten von 25 % und Betriebskosten von 5-10 % eingespart werden,“ hob Wagner den Grund der Teilprivatisierung hervor.

Nach der Entscheidung

für den Standort Hünfeld sei im September 2001 dort ein geeignetes Grundstück angekauft und im Dezember 2001 ein Generalplaner beauftragt worden. Nach nur 8 Monaten sei die Planung abgeschlossen und zwischenzeitlich auch bereits die vorgeschriebene europaweite Ausschreibung durchgeführt worden. Wie hoch die Kosten für den Bau nun insgesamt sein würden, mochte Minister Wagner im Hinblick auf die noch ausstehende Vergabeentscheidung noch nicht sagen, doch deutete er an, dass sie noch wesentlich niedriger als erwartet lägen.

Auch hinsichtlich der Dauer zur Verwirklichung sei das Projekt hervorragend: Nach den Erfahrungen bei Planung und Ausschreibung spreche alles dafür, dass die neue Haftanstalt bereits im Jahre 2005 in Betrieb genommen werden könne. Statt 13 Jahren (ohne den 4-jährigen Zeitverlust aufgrund des Terroranschlags) Planungs- und Bauzeit für die JVA Weiterstadt werde die neue JVA Hünfeld somit in nur 4 Jahren fertig sein.

Verantwortlich: Dr. Klaus Maier, Paul-Ehrlich-Str. 34, 60596 Frankfurt a.M., Tel. 069/ 63 96 45

## Anträge und Anfragen

18.11.2002 15/283

In 2002 wurden erstmals ein dreiviertel Jahr vor Schulbeginn in Hessen die Deutschkenntnisse der künftigen Erstklässler getestet. Hessen schafft damit die Voraussetzung für einen guten Start der ABC-Schützen. Der Arbeitskreis Schule fordert den Magistrat auf zu prüfen, an wie vielen Schulen Sprachkurse angeboten werden und stattfinden. Außer-

dem wollen die Politiker wissen, wie viele Schülerinnen und Schüler an diesen Kursen teilnehmen.

18.11.2002

Die CDU-Fraktion beantragt gemeinsam mit SPD und F.D.P. für den Riederwaldtunnel einen verbesserten Lärmschutz. Dabei geht es um zusätzliche Lärmschutzwälle bzw. -wände an der A66 von Bergen-Enkheim bis zum Ostportal des Tunnels, am Autobahndreieck Erlenbruch sowie an der Ostumgehung der A661. Der Riederwaldtunnel wird die A661 mit der A66 verbinden und eine große Lücke in der Ost-West-Verbindung schließen.

30.10.2002 15/279

Die CDU-Fraktion beantragt, dass die Stadt Frankfurt am Main zum Olympischen Postulat (Ekecheria = Schweigen der Waffen) bei den Olympischen Sommerspielen 2004 in Athen beitrifft. Es ist bis heute Tradition, dass während der Olympischen Spiele alle kriegerischen Auseinandersetzungen unterbleiben und „die Waffen schweigen“. Um diese Tradition wach zu halten, haben sich bereits viele Persönlichkeiten aus Politik und Sport sowie Städte wie New York diesem „Olympischen Postulat“ angeschlossen. Der Friedensgedanke soll auch weiterhin die zentrale Aussage der olympischen Idee sein.

23.10.2002 15/276

Die Stadtverordnete Astrid Heil fordert den Magistrat auf, die Heizungsanlage für die Berkersheimer Grundschule vollständig auszubauen und die Kosten für die gesamte Erneuerung der Heizungsanlage selbst zu übernehmen. Bislang sind Computerraum, Flur und Toiletten unbeheizt. Den weiteren Ausbau der Heizung machte der Vertreter des Stadtschulamtes davon abhängig, dass die Eltern

einen erheblichen Teil der bisher entstandenen Kosten selbst aufbringen.

16.10.2002 15/274

Der umweltpolitische Sprecher Markus Frank fragt den Magistrat nach einem Konzept mit strukturellen und operativen Lösungen zum Ausgleich des defizitären Abfallgebührenhaushalts. Leistungen und Kosten müssten auf Einsparpotenziale untersucht werden. Ziel müsse es sein, den Gebührenzahler so wenig wie möglich zu belasten und zu stabilen Gebührensätzen zu kommen.

14.10.2002 15/273

In einer Anfrage will der Stadtverordnete Jochem Heumann vom Magistrat wissen, welche Ergebnisse eine Umfrage bei den Besuchern von Schauspiel, Oper, Komödie, English Theater und Volkstheater bringt und wie stark die Kosten den Haushalt der städtischen Bühnen belasten. Heumann zweifelt außerdem an, ob die Ergebnisse der Untersuchung zielführend sind, da Nichtbesucher nicht zur Untersuchungsgruppe gehören und deshalb nicht herausgefunden werden kann, warum Besucher dem kulturellen Angebot fern bleiben.

10.10.2002 15/272

Die CDU-Fraktion will dem 11. September dauerhaft als Tag der deutsch-amerikanischen Freundschaft begehen. In den Gedenktag sollen gemeinsame Aktivitäten mit den in Frankfurt ansässigen deutsch-amerikanischen Freundschafts-Initiativen bzw. -gesellschaften eingeschlossen sein. Die CDU-Fraktion will die gezeigte Solidarität und Anteilnahme nach den Anschlägen mit dem Ausdruck der Freundschaft und Verbundenheit mit den USA verbinden.

## Politische Romane unter dem Gabentisch? Auch noch auf Englisch?

Stimmen Sie uns zu? Über die Festtage sollte man sich nur mit Politik befassen, wenn die Lektüre unterhaltsam ist. Dr. Gunter Stemmler hat für das Frankfurt Magazin wieder interessante englische Werke zusammengestellt, die man sich wünschen oder auch verschenken kann.

### Roman, aber real

### Politik jenseits des Wassers

Das Neueste zu englischsprachigen Romanen aus der Welt der Politik: Es sind bewährte Autoren, die den Markt mit weiteren Büchern dieses Genres bestückt haben. Michael Dobbs hat mit dem Parlamentarier Thomas Goodfellowe eine neue Figur erfunden, einen Loser-Typ.

Der erste Band, schlicht

„Goodfellowe MP“

genannt, handelt noch etwas im englischen Parlament, ist jedoch langweilig. Der Folgeband

„The Buddha of Brewer Street“

gibt keine Einblicke mehr in die Welt der Politik, weil das politische Amt nur einen Aufhänger bildet; der Roman ist aber dafür spannender. Nach dem imaginativen Premierminister Francis Urquhart (siehe Dezember 2001-Ausgabe des „Frankfurt Magazins“) hat Dobbs ebenso aus dieser Figur eine Triologie entstehen lassen:

„Whispers of Betrayal“

ist der beste der drei, ein Unterhaltungsroman, wie man ihn sich wünscht. Mit psychischen Zerreißen, destruktiven Kräften und politischen Ambitionen. Vor allem, er gibt Einblicke in Eigenheiten des englischen Unterhauses wie des Kabinetts.

Der frühere Spitzenpolitiker Douglas Hurd legt mit

„The Shape of Ice“

ein ziemlich mühsam startendes Werk vor, das nach einiger Zeit interessanter wird. Hurd schildert en passant viele Details aus dem Alltag eines Premierministers. Das Buch stellt eine solide Handwerksarbeit dar, nicht mehr und nicht weniger.

Edwina Currie scheint in

„This Honourable House“

die gesammelten Frustrationen aus ihrer Tätigkeit als Parlamentarierin herauszuschreiben: Politik, Politiker wie Journalisten werden in ein dunkles Licht getaucht. Da sich Currie leider nicht für eine Hauptperson entscheidet, ist das Buch eine Folge separater Geschichten, somit unübersichtlich, manchmal gar ein Sammelsurium. Es mangelt außerdem am Humor. Das konnte die Autorin früher viel besser.

Kommen wir zu Joe Klein und seinem Buch

„The Running Mate“.

Klein kann einfach erzählen. Das muß der blanke Neid ihm lassen. Man sieht die Story wie in einem Film. Er hat zudem Ideen, man möchte meinen, zu viele Ideen. Damit lohnt sich die Anschaffung auch vom Umfang her - das Lesevergnügen dauert und dauert.

Die drei nächsten Romane, die ich lesen möchte, sind von Michael Dobbs

„The Touch of Innocents“

und von Douglas Hurd

„Image in the Water“ sowie „Vote to Kill“.

Dr. Gunter Stemmler M.A.